INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

auswärts 3 DM

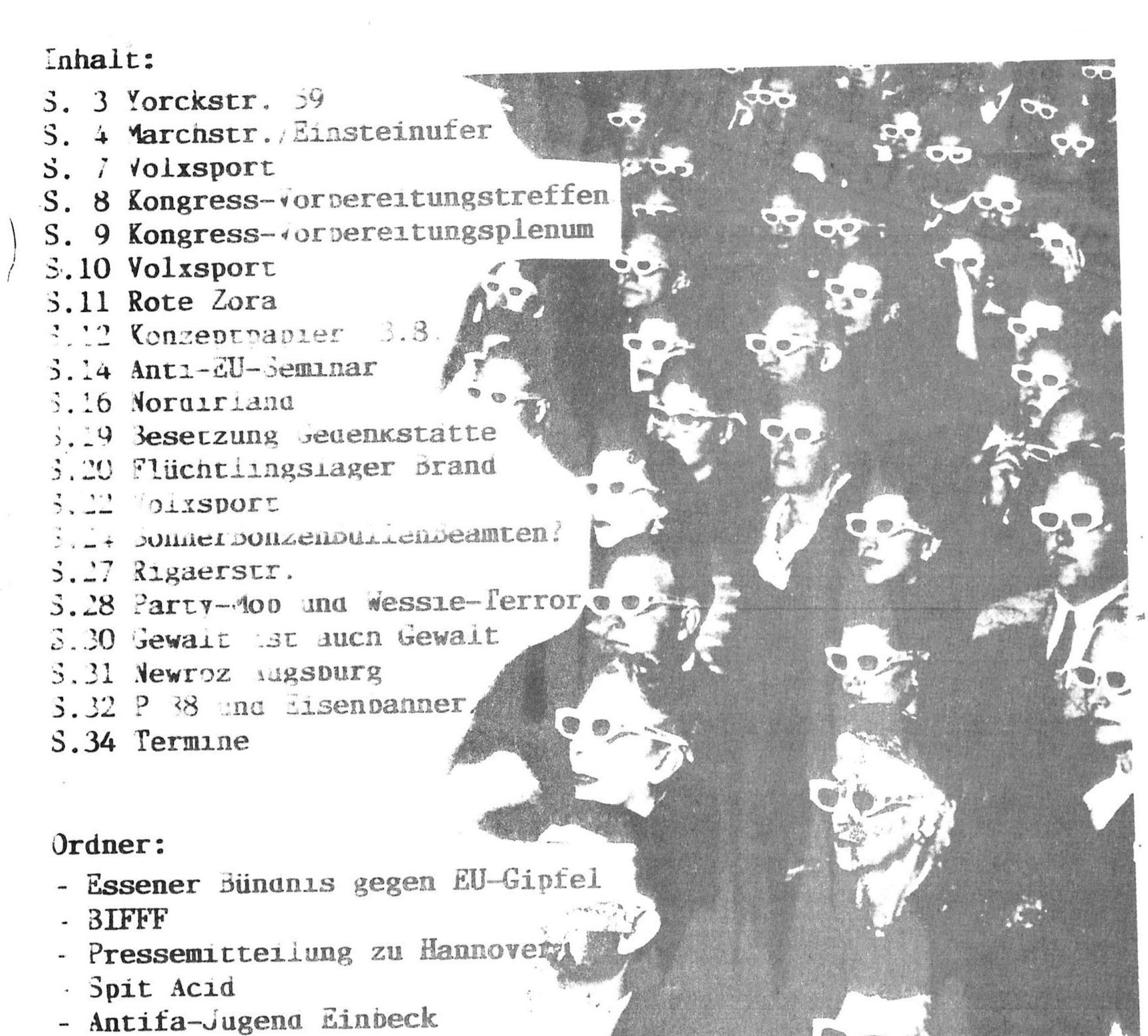


Nr. 295

28. Juli 1994

Hallo
wegen unserer derzeitig 14-tägigen Erscheinungsweise und weil trotz des Sommerlochs relativ viele aktuelle Mobilisierungen laufen, müssen wir leider öfter Bleiwüste produzieren und längere Beiträge verschieben.
Wenn's mit dem Platz nicht mehr so eng ist sollen diese Beiträge dann noch kommen
Hilfreich wäre es für uns wenn eure Beiträge in halbwegs druckfähiger Qualität und rechtzeitig bei uns ankommen würden. Redaktionsschluß ist Montag!
Zu den Anfragen für Abos: Lest mal die Vertriebsbedingungen nach.

Inhalt:



Ordner:

- Essener Bündnis gegen EU-Gipfel
- BIFFF
- Pressemitteilung zu Hannover
- Spit Acid
- Antifa-Jugend Einbeck
- Mexico
- Wahlboykottini Göttingen
- 20.Juli
- Hausdurchsuchung Göttingen
- Anti-Tunnel GmbH

Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch
Infoladen und -cafés außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchladen und andere **Wiederverkäuferinnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.

Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25, im Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99, im Nachladen, Waldemarstr. 36 und im Infoladen Daneben, Liebigstr. 34 und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Es gilt Anzeigenliste Nr. 4 vom 14. November 1990.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

YORCK 59 - Garski, der Schwindel und kein Ende.

MARCHSTRASSE/EINSTEINUFER - Wir werden hier wohnen bleiben !

Wir besuchen zusammen unsere Spekulanten, und dann....

Am 3.8.94 wollen wir zusammen "uns'ere" Spekulanten besuchen und ihnen klarmachen, daß sie sich mit uns eine Menge Ärger eingehandelt haben

Das ist erstmal die neue Hausverwaltung **"Gesellschaft für Berlinische Liegenschaften.." bzw. "Sorger, Buth & Koschig" bzw. Karsten Brumm, Daniel Rott und Sabine Schneider in der Uhlandstraße 20 - 25.**

Neu deshalb, weil wir Helmuth Penz Hausverwaltung "GWF" ja im April bis zum Aufgeben genervt haben. Doch mit der Aussage, unser Haus würde auch noch verkauft werden, hat Penz gelogen! Sie schieben einen neuen Kapitalanleger und Geschäftsführer in Florida als neuen Besitzer vor, obwohl die Hausbesitzerfirma **"Labani"** sowie deren Eigentümerin Rechtsanwältin **Ingrid Theisinger - Schröder** ganz die alten sind.

Dieser interne Umbau von "Labani" ist lediglich eine Taktik, die sie öffentlich weniger angreifbar machen soll. Denn die vorherigen Kapitalanlegerinnen **Claudia Garski** und **Ingrid Theisinger - Schröder** haben ihre Anlagen einfach weitergegeben, um Dietrich Garski aus der Schußlinien zu bringen - eine gängige Methode, so mit Strohmännern zu arbeiten. Ingrid Theisinger - Schröder hat ja weiterhin das Sagen bei "Labani".

Daher liegt die Vermutung nah, daß Garski wie bisher seine Profitinteressen bei " Labani" durchsetzen läßt.

Deshalb gehen wir auch in die **Leibnizstraße** 58, dem Büro der RechtsanwältInnen **Ingrid Theisinger - Schröder und Wolfgang Schröder**, der als Notar für einige Garski - Penz Firmen arbeitet. Die YORCK 59 - Eigentümerin "Labani KG" hat ihren Sitz offiziell auch dort, doch kein Firmenschild weist darauf hin - ein weiteres Zeichen für die Strohmann - Funktion.

Diese, nicht nur in der Immobilienbranche üblichen Methoden der Verschleierung der wahren Profiteure und Hintermenschen, wollen wir am Mittwoch, den 3. August öffentlich machen.

Wir lassen uns nicht von ihren plumpen Täuschungsmanövern einschüchtern! Garski hat eben nach wie vor seine drekkigen Spekulantenfinger im Wettrennen um die größten Profite beim Umbau Berlins zur glanzvollen Hauptstadt. Und er sorgt mit Penz, Pleß und 1000 anderen Spekulanten dafür, daß dabei die auf der Strecke bleiben, die nicht in ihr Konzept passen oder passen wollen.

An einigen von ihnen wollen wir auf dem Q - Damm vorbeigehen !

Losgehen werden wir beim Spekulanten und Eigentümer der besetzten Häuser Marchstraße/Einsteinufer, der **Henning, von Harlessem & Co GmbH.**
Sie hat ihren Sitz in der **Fasanenstraße** 63, mit Yuppie - Kunst aus der Galerie auf der anderen Straßenseite im Vorgarten und einem neuen Gitter vor der Eingangsglasfront.

Hier "arbeiten" **Hartmut Porsch** , **Werner Gallas**, und **Michael Popp**. Über Gallas und Porsch ist die HvH mit der **"Controbau Treuhand und Verwaltungsgesellschaft mbH"** verflochten. Seit 1988 hält die HvH Holding GmbH sämtliche Geschäftsanteile der **DELTAG AG**, die unter anderem Industrie - und Tourismusprojekte in der sogenannten "Dritten Welt" sowie in Stukturförderungsgebieten betreibt.

Und da die Leute vom Gelände Marchstraße/Einsteinufer auf einem 20 000 000 DM teuren Grundstück sitzen, wollen sie sie natürlich gerne los werden. Die sind aber so egoistisch und frech zu behaupten, für sie sei nichts zu teuer und sie würden auch gerne in bester City - Lage wohnen bleiben und das trotz der ersten sechs Räumungstitel, vollstreckbar ab dem 1. August. Denn das ist viel schöner, billiger und besser als die drohende Obdachlosigkeit, an der dann wieder kräftig verdient wird.

Auch die **Rechtsanwälte Deubele & Deubele**, die für die HvH seit 3 Jahren den Räumungsprozeß führen, haben hier ein Büro. Und da wir diese feinen Damen und Herren lieber hinter den Gittern ihres Büros anstatt vor Gericht sehen, werden wir ihnen zu Bürozeit ein paar heftige Freundlichkeiten rüberbrüllen. Es ist nicht das erste Mal und wird sicher nicht das letzte Mal sein.

Spekulanten ärgern, daß ist für HausbesetzerInnen die halbe Miete.
Speckis haben auch Nerven -
wir sorgen für den Nervenzusammenbruch!

Sie verdienen sich alle goldene Nasen auf Kosten der Armen und Verdrängten in der Stadt
- aber nur wenn wir es zulassen !
Spucken wir ihnen gemeinsam in die Hummersuppe und klauen wir ihnen den Champagner !
Unterstützt die Yorck 59 im Kampf um ihr Hausprojekt !
Gegen den Hauptstadtwahn !
Wohnraum darf nicht Ware sein !
YORCK 59 und Marchstraße/Einsteinufer bleiben
- ist doch klar

Kundgebung & Demonstration
Mi 3. August 14[00] Uhr
Fasanenplatz
U-9/U-1 Spichernstraße

Marchstraße



Einsteinufer

Spekulanten, Bullen, Bonzen

Ihr könnt uns mal !

70 Obdachlose sind ein Skandal!

Besetzte Häuser und Wagenburg in Charlottenburg ab dem 1. August räumungsbedroht !

Wir werden hier wohnen bleiben!

Wer sind die Schuldigen ?

Wie wehren sich die BewohnerInnen ? Wie kann geholfen werden ?

Trotz alledem - ein Grund zum feiern! **Großes Straßenfest am 31. Juli!** Kommt Alle !

Juli 1989 - die BewohnerInnen der besetzten Häuser Marchstraße Einsteinufer sollen geräumt werden. Es gelingt ihnen, trotz Räumungsantrag des Spekulanten und Hauseigentümers, der Henning, von Harlessem & Co GmbH und einer Räumungsintrige aus dem Senat, in den Häusern zu bleiben.

In den folgenden Jahren halten sie die Häuser, die sie vor dem Abriß gerettet haben, weiter besetzt..

Und erreichen damit, was Senat und Bezirk und die Wohnungswirtschaft nie geschafft haben- billigen, schönen Wohnraum für Leute, die auf dem normalen Wohnungsmarkt keine Chance haben.

Juli 1994 - 5 Jahre später.

Die BewohnerInnen sind immer noch in ihren Häusern. Sie haben weder Mietverträge bekommen, noch ist Geld zur Sanierung vom Senat zur Verfügung gestellt worden, wie er es 1989 versprochen hatte.

Und es ist die Stunde des Spekulanten. Nach einem fast dreijährigen Räumungsprozeß hat er 6 Räumungstitel, vollstreckbar ab dem 1. August für das Einsteinufer von Richter Siegfried, 61. Zivilkammer, Berliner Landgericht, zugesprochen bekommen.

Der Anfang einer Gesamträumung ?

RÄUMEN ?

ARSCHLECKEN !

Jetzt lesen ! Obdachlosigkeit verhindern ! Jetzt schon wieder ! Solidarisieren ! Marchstraße/Einsteinufer verteidigen ! Nicht jammern - kämpfen ! Nicht trauern - feiern ! Jetzt lesen ! Gegen Wohnraumverknappung und - zerstörung ! Gegen Spekulanten ! Jetzt geht s los ! ! !

v.i.S.d.P.: W. Wutz, Marchstr.23, 10587 Berlin



Obdachlosigkeit ist kein Schicksal.

Wohnungsnot ist das Ergebnis von Spekulation und künstlicher Verknappung von bezahlbaren Wohnraum. Das ist das Werk von Menschen, mit Namen und Adressen, die an der Not von Wohnungssuchenden verdienen. Ihr Treiben wird von Politikerinnen und Politikern gedeckt und unterstützt.

Wer sind also die "Schuldigen" an unserer Situation?

Als erstes natürlich

die Hauseigentümerin. **Die Henning, von Harlessem & Co GmbH. Sie sitzt in der Fasanenstraße 63.**

Sie hat die Wohnhäuser vor etwa 10 Jahren gekauft. Danach hat sie die Häuser nach und nach entmietet und vergammeln lassen. Zusätzlich ließ sie das Haus Einsteinufer von einem Bautrupp nach einem Besetzungsversuch 1988 unbewohnbar machen. Fenster, Dach, sanitäre Anlagen und alle Öfen wurden zerstört.

Sie wollte die Häuser abreissen, um dort Bürogebäude für ein Computerzentrum zu errichten, natürlich mit fetten Subventionen vom Senat.

Das haben wir verhindert, indem wir die Häuser besetzt und wieder zu Wohnraum gemacht haben - zu unserem Wohnraum. 1989 hat der Spekulant uns geduldet, um beim Senat Gutwetter für andere Bauvorhaben zu machen.

Vor drei Jahren begann er dann den Räumungsprozeß gegen uns. Er hat sämtliche Vorschläge zur Legalisierung, ob von uns oder Senat, Bezirk oder TU abgelehnt.

Denn Neubau und Wohnraumzerstörung bringt mehr Geld.

Die Henning, von Harlessem & Co GmbH ist schuld an unserer Situation.



Dann kommen **die Politiker/innen** vom Senat und **Bezirk.** Den größten Erfolg, Politiker/innen zu zwingen, uns zu unterstützen hatten wir im Bezirk Charlottenburg. Noch mit rotgrünem Elan, den Druck des Studentenstreiks im Rücken und einem gehörigen Schuß Opportunismus gegenüber unzufriedener Bürger/innen machte sich 1989 der Bezirk Charlottenburg unser Realisierungskonzept zu eigen. Wir sollten das Feigenblatt für eine Politik sein, die sich fortschrittlich und sozial gab, aber keine wirklichen Veränderungen anstrebte. Das zeigte sich ziemlich schnell. Um den Spekulanten daran zu hindern, abzureissen, hätte die Abrißgenehmigung für die Häuser nicht mehr verlängert werden dürfen. Baustadtrat Dyckhoff tat das zwar, aber nur für kurze Zeit. Aus Angst vor einem Prozeß, den der Spekulant ihm androhte, verlängerte er sie trotzdem wieder. 300 000 DM, die der Senat 1989 zur Winterfestmachung zu Verfügung stellte, forderte er nicht an, weil er sie gegen den Willen des Spekulanten in die Häuser hätte stecken müssen, ein politisches Wagnis, was uns geholfen und ihm wiederum Ärger mit dem Specki hätte bringen können. Der Bezirk hatte und hat alle Möglichkeiten, den Spekulanten kalt zu stellen, aber hat sie nie genutzt.

Ziemlich schnell zog sich die Bürgermeisterin Monika Wissel darauf zurück, daß wir nicht zu finanzieren seien und sie daher trotz allen guten Willens, und den bringt sie perfekt hinüber, machtlos sei. Wir sollen uns doch um eine Finanzierung kümmern. Wollen wir aber nicht, denn wir haben die Häuser nicht verfallen lassen. In der BVV-Sitzung vom 7.7.1994 stimmte dann die überwältigende Mehrheit (CDU, REP, FDP, fast alle SPDler) dafür, uns in keinster Weise mehr zu unterstützen, und der Sozialstadtrat hat jetzt auch 70 000 DM monatlich übrig, nicht etwa um unsere Häuser instandzusetzen, sondern um uns in Lausepensionen zu stecken.

Sie sind mitschuldig an unserer drohenden Obdachlosigkeit!

Die Politiker/innen der CDU waren da ehrlicher. Sie haben in den letzten Jahren keine Gelegenheit ausgelassen, uns mit rechtsradikalen Sprüchen zu beschimpfen, um Stimmung bei ihren rechten Wählern gegen uns zu machen. "Der Dreck muß weg", "unsoziale Hausbesetzung beenden" tönte es durchs Rathaus.

Sie sind schuld an unserer drohenden Obdachlosigkeit, sie sind die kläffenden Kettenhunde des Spekulanten!

Das ist **Innensenator Heckelmann** auch. Er sieht seine Aufgabe darin, da einzugreifen, wo das Eigentum von Spekulanten gefährdet ist und freut sich bestimmt schon darauf uns zu räumen.
Er zwang letztes Jahr im Juli die Polizei dazu unsere Häuser zu durchsuchen, um Beweise für den Räumungsprozeß, nam-

Wir haben auch ein Spendenkonto: Sparkasse der Stadt Berlin

lich unsere Personalien zu bekommen. Die Polizei hatte sich anfänglich geweigert, für den Zivilprozeß den Büttel zu machen und hatte rechtliche Bedenken. Doch Heckelmann stellte klar, für wen die Polizei da ist, nämlich für die Spekulanten. Nach einem längeren Briefwechsel und einer **Heckelmannschen Interpretation des Polizeirechts - dasselbe schützt insbesondere das Eigentum** - stürmten 600 Polizisten , darunter Antiterroreinheiten unsere Häuser und nahmen unsere Personalien auf, zerstörten Musikinstrumente, nahmen 3 Leute in Abschiebehaft, und ließen völlig verstörte Kinder zurück.

Der Senator versprach in einer vorbereiteten Presseerklärung, auf diese Weise wolle **er in Zukunft allen Berlinern Spekulanten zur Seite stehen,** die Probleme mit ihren BewohnerInnen haben.

Er ist der Gummiknüppel für die Interessen der Geldsäcke. Er ist schuld an unserer drohenden Obdachlosigkeit.

Zuletzt in dieser unvollständigen Aufzählung darf **Richter Siegfried**, 61. Zivilkammer, Berliner Landgericht, nicht fehlen. Er fällte am 26. Mai die Urteile die uns auf die Straße setzten sollen. Sechs Räumungstitel für das Haus Einsteinufer, **gültig ab dem 1. August.**

Titel formal gegen sechs , willkürlich ausgesuchte Leute, sechs Räumungstitel um ein komplettes Haus zu räumen in dem aber noch 20 andere Leute wohnen, die nicht zur Räumung verurteilt sind. Wir befürchten, daß Spekulant, Innensenator und die Polizei, diese Gelegenheit nutzen werden , um illegal und überfallartig, ohne weitere Urteile abzuwarten, alle Leute aus dem Einsteinufer und vom ganzen Gelände zu räumen und dann sofort abgerissen wird.

Er ist schuld an unserer drohenden Obdachlosigkeit. Er spricht Recht im Sinne des Spekulanten.

Wir sind keine Opfer !
Wir können uns wehren !
Wir gehen hier nicht raus - wir werden kämpfen !
Weil wir das müssen und weil wir das wollen !
Das Leben, das wir hier führen, kann nur erkämpft werden !



wehren, sich gemeinsam wehren an. Unser Haus ist mit der Zeit eine **Antirassistische Fluchtburg** geworden. Leute von uns sind im Knast gelandet, also machen wir seit Jahren Antiknastkonzerte. Kurzum - wir **organisieren unser Leben gemeinsam** und da wird der **Widerstand zum Alltag**.

? Wie wehren sich die BewohnerInnen - also wir

Tun, was wir tun müssen. !

Wir leben hier mit siebzig Leuten . Wir haben alle kein Geld. Wir kommen aus der ganzen Welt, freiwillig oder auf der Flucht vor Bürgerkrieg und schlechtem Leben. Oder wir sind vor unseren Eltern abgehauen.

Wir wollen nicht alleine wohnen. **Und wir wollen dieses Leben leben** - ohne Nazis und Rassismus ohne Aufpasser, Chefs und SozialarbeiterInnen..

Wir kommen mit unserer Kohle besser aus und sind nie alleine. Und da fängt das sich

Jeden Angriff auf uns beantworten

Jeden Angriff auf uns beantworten, das war die Methode, mit der wir es geschafft haben, 5 Jahre ohne Verträge und trotz aller Räumungsversuche in unseren Häusern zu bleiben.

Wir haben zu jedem Räumungsversuch die passende Antwort gefunden. 1989 z.B. haben wir nach Durchsuchung und baupolizeilichen Sperrungsversuch, den Bausenat mit 50 Leuten durchsucht und ihn gesperrt. Jede Schweinerei des Spekulanten hat er mit lautstarkem Protest vor seinem Büro bezahlen müssen. Zu jedem Prozeßtermin haben wir eine Demo oder Kundgebung organisiert.

Gleichzeitig haben wir uns immer mit Menschen zusammengetan, die das gleiche wollten wie wir, haben zusammen mit MieterInnen ihr Haus besetzt, um notwendige Reparaturen vom Bausenat zu erzwin-

gen (da war der Senator sprachlos. BesetzerInnen und MieterInnen Hand in Hand), versucht, uns mit anderen besetzten Häusern zusammen zu organisieren, also Wohnungsnot, Mietwucher und Räumungsterror auch über unsere Häuser hinaus zu bekämpfen, möglichst viel Häuser und Wohnungen den Spekulanten wegzunehmen und zu verteidigen.

Und so soll unsere Verteidigung auch jetzt aussehen. Nur wenn Leute aus der ganzen Stadt sich mit uns solidarisieren, können wir es schaffen. **Wir müssen den Politiker/innen und dem Spekulanten klarmachen, daß es für sie sehr, sehr unangenehm wird, wenn sie versuchen uns zu räumen.**

Viele Leute sind in einer ähnlichen Situation wie wir. Die Leute aus der Palisadenstraße sollen von ihrem Besitzer Peter rausgeekelt werden. Keinen Meter für Peter ! Dem Tommyhaus soll der Geldhahn zugedreht werden, weil die SPD sie nicht als Nachbarn für ihre neue Parteizentrale haben will. Dem Drugstore, dem letzten selbstverwalteten Jugendzentrum in Berlin, hat die BVG die Miete so doll erhöht, daß der Bezirk sie nicht mehr zahlen will. Der Bezirk soll zahlen und die BVG ihre widerlichen Wachschützer abschaffen wenn sie Geld braucht. Im Bezirk Mitte laufen bei vielen ex - besetzten Häusern die 3 - Jahresverträge aus. Das sind nur einige Beispiele. **Laßt uns zusammen den Preis für unsere Vertreibung unbezahlbar machen und die Verantwortlichen spüren, das wir nicht alleine sind.**

Nichts ist unmöglich - wir bleiben alle !

Unsere Aktionen in der letzten Zeit

Als erste Reaktion auf das Räumungsurteil haben wir eine Demo am Büro "unseres"Spekulanten vorbei organisiert, auf der etwa 350 Leute außer uns waren. Wir machen wöchentliche Kundgebungen vor und in dem Charlottenburger Rathaus. Wir haben die letzten BVV - Sitzungen genutzt , um lautstar die Bezirkspolitiker/innen aus ihrer Ruhe zu reißen und aufzufordern, unserer drohenden Obdachlosigkeit ihr "soziales Engagement" entgegenzusetzen. Weil sie aber nur schlecht erzogen rumpöbelten, haben wir wenig später den Sozialausschuß "beschlagnahmt", das heißt die Tür zu Sitzungszimmer mit Transparenten und Plakaten versperrt und so sie nochmalsgezwungen uns zuzuhören und zu unseren Bedingungen zu diskutieren. **Wir haben dazu die Parole " 70 Obdachlose sind ein Skandal" und die Forderung "Abrissgenehmigung zurüchnehmen und Häuser wegen drohender Obdachlosigkeit beschlagnahmen" (schon geschehen in Steglitz) aufgestellt, um auf dieser Grundlage mit den Politiker/innen zu sprechen und nur darüber.**

Und wir haben uns natürlich bei vielen Leuten, Gruppen, anderen besetzten Häusern den Mund fusselig geredet. Dann haben wir eine Öffentlichkeitskampagne über die Presse gestartet, die uns Berichte in allen Tageszeitungen, in Radio Fritz etc. gebracht hat. Das ist ein guter Anfang, aber alleine schaffen wirs nicht, warum auch ?

SOLIDARISIERT EUCH !
JETZT ODER NIE ? - JETZT UND IMMER WIEDER !
AB 1. AUGUST - GERÄUMT WIRD NICHT!

Na, Ihr Burschen!

Wir haben am Morgen des 11.07.`94 dafür gesorgt, daß ihr endlich mal merkt, daß Eure Vereinigung zum Himmel stinkt. Auch Eure Fenster dürften dabei Schadengenommen haben.

Burschenschaften wie die Thuringia, Allemania, Germania, usw. stehen für die Verbreitung patriarchalen, nationalistisch-faschistischen Gedankengutes, das sie den Studierenden durch Veranstaltungen wie am 15.06.`94 im Haus der Thuringia in der Konstantin-Uhde-Str./Braunschweig näherbringen wollen.
Der Arbeitskreis Junger Konservativer (AJK), der unbestreitbar ein Teil der Neuen Rechten ist und über Verbindungen von CDU bis ins offen faschistische Lager verfügt, hatte zu dieser Veranstaltung mit dem Republikaner Prof.Weinschenk eingeladen. Weinschenk liefert den pseudo-intelektuellen Hintergrund für die "Anti-Antifa"und faschistische Lügen-Theorien. So wurden TeilnehmerInnen der Gegendemo vor dem Veranstaltungsort systematisch aus dem Thuringa-Haus abgefilmt, unterstützt durch ihre Freunde und Helfer, die Polizei.
In einer Zeit der Rechtsentwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen bilden Organisationen wie der AJK oder die Burschenschaften Thuringa, Allemania und Germania das Pseudo-intelektuelle Fundament, um faschistische Parolen salonfähig zu machen. Somit liefern sie den Brandstiftern und Mördern von Rostock, Mölln, Solingen, Hannover,... ihre menschenverachtenden Argumente. Deshalb ist ein entschlossenes Vorgehen gegen Faschisten jeglicher Coleur hier und jetzt notwendig!
WANDELT WUT UND TRAUER IN WIDERSTAND ! KAMPF DEM FASCHISMUS !

Angeklagt werden wenige -
gemeint sind alle AntifaschistInnen !
Deshalb unterstützt die inhaftierten und verfolgten AntifaschistInnen im "Fall Kaindl"!
Widerstand gegen Faschisten ist notwendig!
Gegen Kriminalisierung unsere Solidarität!

Also her mit der Kohle! Füllt die Knastkassen!

Für die Inhaftierten gibt es ein Spendenkonto. Der Prozeß beginnt voraussichtlich am 20. September

M. Holzberger
Kto. Nr. 1300 953 00
Commerzbank
BLZ 100 400 00

Das Protokoll vom ersten Kongress-Vorbereitungstreffen am 27./28. in Halle ist in der Interim Nr.290 vom 9. Juni 94 veröffentlicht worden.

Einladung zum 2. bundesweiten Kongress-Vorbereitungstreffen
= Autonomie-Kongress der undogmatischen linksradikalen Bewegungen =

Seit mehr als einem halben Jahr wird die Idee eines bundesweiten Autonomie-Kongresses diskutiert. Er soll die Fragen einer theoretischen wie praktischen Neubestimmung undogmatischer linksradikaler Politikansätze zum Inhalt haben. Das erste Treffen in Halle Ende Mai hat den großen Diskussionsbedarf noch im Vorfeld des Kongresses quer durch alle Zusammenhänge gezeigt. Auf dem jetzt anstehenden 2. Vorbereitungstreffen am 27./28. August in Kassel soll nun die inhaltliche Struktur und der Zeitpunkt des Kongresses festgelegt werden. Dabei soll auch versucht werden, die Fragen, um die es auf dem Kongress gehen wird, genauer zu fassen. Zu diesem Treffen möchten wir alle an der Vorbereitung des Kongresses interessierten (Bullen nicht, stoppt den Rinderwahnsinn!) herzlich einladen. Über den bisherigen Diskussionsverlauf informiert Ihr Euch am besten aus dem Protokoll vom Vorbereitungstreffen in Halle, das wir diesem Schreiben beifügen. Außerdem gibt es eine Broschüre mit einer Auswahl von Diskussionsbeiträgen, die Ihr im Buchladen kriegt oder bei uns bestellen könnt. Es braucht sich niemand dadurch abgeschreckt zu fühlen, daß schon einiges an Diskussionen gelaufen ist. Neu hinzukommende Aktive sind nicht nur hochwillkommen, sondern sogar notwendig.

Kongress-Ini Berlin
c/o Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Jetzt kommt die Einladung der GastgeberInnen aus Kassel:



Wir laden alle ein, schon am Freitag(26.8.) im Autonomen Zentrum an der VoKü teilzunehmen. Ab 20:00 Uhr gibts was zu Essen, aber auch die vorläufige Schlafplatzvergabe.
Das AZ befindet sich in der Sickingenstr.10, in der Nähe des HBFs
Tel.Nr.:0561/18529
Fax Nr.:0561/713458

Samstag, 27.8.

Frühstück gibt es in den einzelnen WGs oder Pennplätzen.
Wir haben einfach mal die Tagungsräume von 10 - 19:00 Uhr belegt.
Dort steht tagsüber dann was zu essen bereit. Abends ab 20:00 gibt es dann wieder Vokü und später ne nette Disco.

Sonntag, 28.8.

Die Räume haben wir von 10 - 16:00 belegt.Warmes Essen gibt es keins mehr, aber Brote etc. .

Wegbeschreibung:
Vom Hbf gehts schräg links runter, die W.Hilpert Str., bis zur großen Kreuzung (ca.325m). Dann links (Straßenbahnschienen) und nach ca 100m geht es rechts in die Sickingenstr. rein. Das große "Spielhalle"-Schild zeigt euch, wo das AZ ist.
Die Autofahrer müssen irgendwie zum Hbf kommen und dann: s.o.!

Wichtig!
Da Kassel etwas kleiner ist als Berlin, hat es auch eine etwas kleinere Scene. Deshalb teilt uns bitte rechtzeitig mit, wieviele Pennplätze ihr benötigt. Neben den Pennplätzen benötigt ihr noch Penntüte, Isomatte, Zahnbürste, etc. .Bitte bringt auch ein paar Mark mit, weil die Räume und das Essen bezahlt werden müssen.

Neue Struktur für Vorbereitungsplenum des Autonomie-Kongresses

Ein halbes Jahr, nachdem die Kongress-Idee an die Öffentlichkeit getragen wurde, scheint sich das Interesse daran schon ziemlich ausgeweitet zu haben. In verschiedenen Orten und von verschiedenen Personengruppen gab und gibt es Vorbereitungstreffen und eine Menge von Papieren (ein Reader zur bisherigen Diskussion ist in Vorbereitung). Nur leider herrscht an dem Ort, von dem die Idee ihren Ausgang genommen hat, eher Flaute. Die erst 14-tägigen, später wöchentlichen Treffen im Blauen Salon des Mehringhofes sind inzwischen nur noch von den Zähesten zu ertragen. Wir kommen inhaltlich keinen Schritt weiter, streiten uns stattdessen umso verbissener über Verfahrensfragen. Während für die einen zu einem Punkt schon viel zu viel gesagt worden ist, war es für die anderen immer noch zu wenig; für andere war nun wiederum gerade dieser Punkt überhaupt nicht wichtig. Während die einen manchmal tatsächlich einen gemeinsamen Punkt zu fassen kriegten und dann vortrefflich zu streiten begannen, fühlten sich andere ZuhörerInnen genau dadurch ausgeschlossen; das provozierte dann wiederum bei den folgenden Treffen Aufarbeitungsdiskussionen, und so fort. Folge ist, die Diskussionsfreude ist auf dem Nullpunkt angelangt, die Fluktuation ungeheuer. Viele Gruppen und Einzelpersonen haben sich verabschiedet und angekündigt, daß sie wiederkommen, wenn die Struktur und der Termin steht. Wir sind inzwischen noch ca. 8 bis 10 Leute, die wirklich regelmäßig an den Treffen teilnehmen. Alle anderen tauchen sporadisch auf, um zu sehen, ob sie noch nichts wesentliches verpaßt haben, um gute Ratschläge zu erteilen, kurz eine Grundsatzdiskussion anzufangen und dann wieder für Wochen zu verschwinden.

Wessen Schuld dieser Zustand ist, ist schwer zu sagen. Sicher eine Kombination von den leidigen gruppendynamischen Spannungen, übergroßer Verantwortlichkeit der einen, fehlender Verantwortlichkeit der anderen, von eingefleischtem Lagerverhalten und auch von Orientierungslosigkeit, nachdem der Kongresstermin nun erstmal weiter weggerückt ist. Auf jeden Fall sind es Ausdruckformen der Probleme, um die es auch auf dem Kongress gehen soll.

Wir schreiben diesen Bericht aber nicht, um zu jammern, sondern weil wir den Irrtum aufklären müssen, daß alles schon ganz prima läuft und Kongress-Interessierte später nur noch ihren Arbeitsgruppen-Vorschlag einzureichen brauchen. Zumindest, was die West-Berliner Zusammenhänge betrifft, brauchen wir eine neue Vorbereitungsstruktur und verbindliche, kontinuierliche und eigenverantwortliche Mitarbeit. Die politischen Grundsatzdebatten, bei denen immer alle gerne mitmischen möchten, sind nicht überflüssig, aber sie müssen in Zukunft in einem handhabbaren Rahmen gehalten werden. Deshalb haben wir zur Struktur folgendes beschlossen:

- Es werden ab sofort für die Weiterführung der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich wöchentlich oder je nach Bedarf treffen, in denen Menschen mit Zeit und Bereitschaft zur Kontinuität arbeiten. Bisher gibt es fünf solcher Gruppen, zu denen noch weitere interessierte Einzelmenschen dazukommen können (Damit eine wirkliche Verbindlichkeit in den AGs zustande kommt, finden wir es nicht gut, wenn Leute als Delegierte von Gruppen daran teilnehmen):

- AG Öffentlichkeitsarbeit - Aufgabe: die Kongress-Idee weiter zu verbreiten, Vorbereitungstreffen mit den veranstaltenden Gruppen zusammen vorzubereiten, den Kontakt zu den Gruppen in anderen Städten halten, Infos rumschicken, usw.

- AG Kongress-Struktur Aufgabe: Die inhaltliche/thematische Strukturierung des Kongresses weiter planen, Entwurf für eine thematische Aufgliederung der Tage, usw.

- AG Themen Aufgabe: Koordinierung der vorgeschlagenen Arbeitsgruppen, bzw. Veranstaltungen für den Kongress, Menschen/Gruppen mit ähnlichen Vorstellungen zusammenbringen, zusätzliche Themen anregen, eventuell ReferentInnen dafür suchen, usw.

- AG Fun + Action Aufgabe: Alles das planen, koordinieren und anschieben,

was den Kongress bunt, laut, lebendig und spektakulär machen kann.

- AG Orga Aufgabe: Raum- Zeit- Geldfragen verfolgen, Kongress-Büro besorgen, längerfristig die ganze Durchführung planen, bzw. Leute dafür suchen und Einzel-AG's dafür einrichten, usw.

- Das Plenum findet bis auf weiteres nur noch einmal im Monat statt und ist offen für alle, die an dem Kongress interessiert sind. Wir wollen die politische Diskussion über die Kongress-Vorbereitung, soweit sie sich in einem solidarischen Rahmen bewegt, und laden ausdrücklich dazu ein.

Die AG's tragen die Vorbereitung des Kongresses, arbeiten selbstständig und in Absprache untereinander und stellen ihre Arbeitsergebnisse auf dem Plenum der öffentlichen Kritik. Das Plenum richtet bei Bedarf weitere AG's ein. Es findet an jedem dritten Dienstag im Monat statt und wird als Termin in der Interim angekündigt. Ein Protokoll davon wird anschließend veröffentlicht.

Wer in einer der AG's mitarbeiten möchte, kommt zu den Plena oder nimmt schriftlich mit uns Kontakt auf:

Kongress-Ini
c/o Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Die nächsten beiden Plenums-Termine sind der 19. Juli und der 16. August, jeweils 20 Uhr im Blauen Salon, Mehringhof

Das nächste bundesweite Vorbereitungstreffen findet am 28. und 29. August in Kassel statt.

In der Nacht von Freitag (8.7) auf Samstag (9.7) haben wir in Solingen einen Abschiebetransporter besprüht (Abschiebung ist Mord) und durch einige technische Veränderungen den Gebrauch für einige Zeit unmöglich gemacht. Ausserdem wurde die Gerüstverkleidung der Clemenskirche in einer über die ganze Stadt sichtbaren Höhe mit dem Schriftzug "Halim Dener in Hannover von Bullen ermordet" versehen.
In Solingen wurden dieses Jahr 318 Flüchtlinge abgeschoben. Für nicht wenige dieser abgeschobenen Menschen endet diese Prozedur in Folterkellern oder mit dem Tod in ihren Herkunftsländern.
Diese menschenverachtende Willkür hat Systeem!!!!! Systematisch wird die Mauer um Europa gebaut! In einem Land in dem Menschen aus dem antifaschistischem und antiimperialistischen Widerstand von Bundesdeutschen Todesschussfahndern offensichtlich exekutiert werden (zwischen 71 und 79 Petra Schelm. Georg von Rauch. Thomas Weissenbecker. Werner Sauber. Willi Peter Stoll. Michael Knoll und Elisabeth von Dyck!!!!). wo Menschen die in den Verdacht geraten "Terroristen" zu sein unbewaffnet im Bett erschossen werden und der polizeiliche Mörder in Notwehr gehandelt haben soll (Ian mcLeod '72 in den Rücken geschossen) '74 wurde Günther Jendrian in seiner Wohnung erschossen weil er irrtümlich für den gesuchten Roland Otter gehalten wurde.
In einem Land in dem sich die Blutspur der Staatlichen Henker von weit vor '33 bis zur heutigen Zeit erstreckt. die spur die über Baader. Meinhoff. Ensslin. Raspe. Schubert (im Knast ermordet). bis hinzu Wolfgang Grams führt. müssen wir diese Tage mit Trauer und Wut den Tod des 16jährigen Halim Dener zur Kenntniss nehmen. der beim kleben von Plakaten von einem Bullen aus nächster Nähe erschossen wurde!!!!!!
IN EINEM SOLCHEN LAND KANN DIE ANTWORT AUF DIE BLUTIGE PRAXIS UND DEN DAMIT VERBUNDENEN LÜGEN VON STAAT: JUSTIZ: GERICHTSMEDIZIN: UND "UNABHÄNGIGEN" GUTACHTERN NUR HEISSEN :
WIDERSTAND AUF ALLEN EBENEN UND MIT ALLEN MITTELN !
DIES KAN NUR DER ANFANG GEWESEN SEIN: WIR KOMMEN WIEDER ÜBERALL DA WO IHR ES NICHT ERWARTET!!!!!! IN DIESEM SINNE EINEN HEISSEN WAHLKAMPF!!!!!
AKTIONSFRONT
HALIM DENER



Auto beschmiert

(sb.) Unbekannte besprühten in der Nacht zum Samstag ein Auto der Ausländerbehörde auf dem Rathausparkplatz mit Parolen gegen die Abschiebung von Ausländern und zerstachen zwei Reifen. Die Polizei (███) sucht Zeugen.

Cronenberger Straße

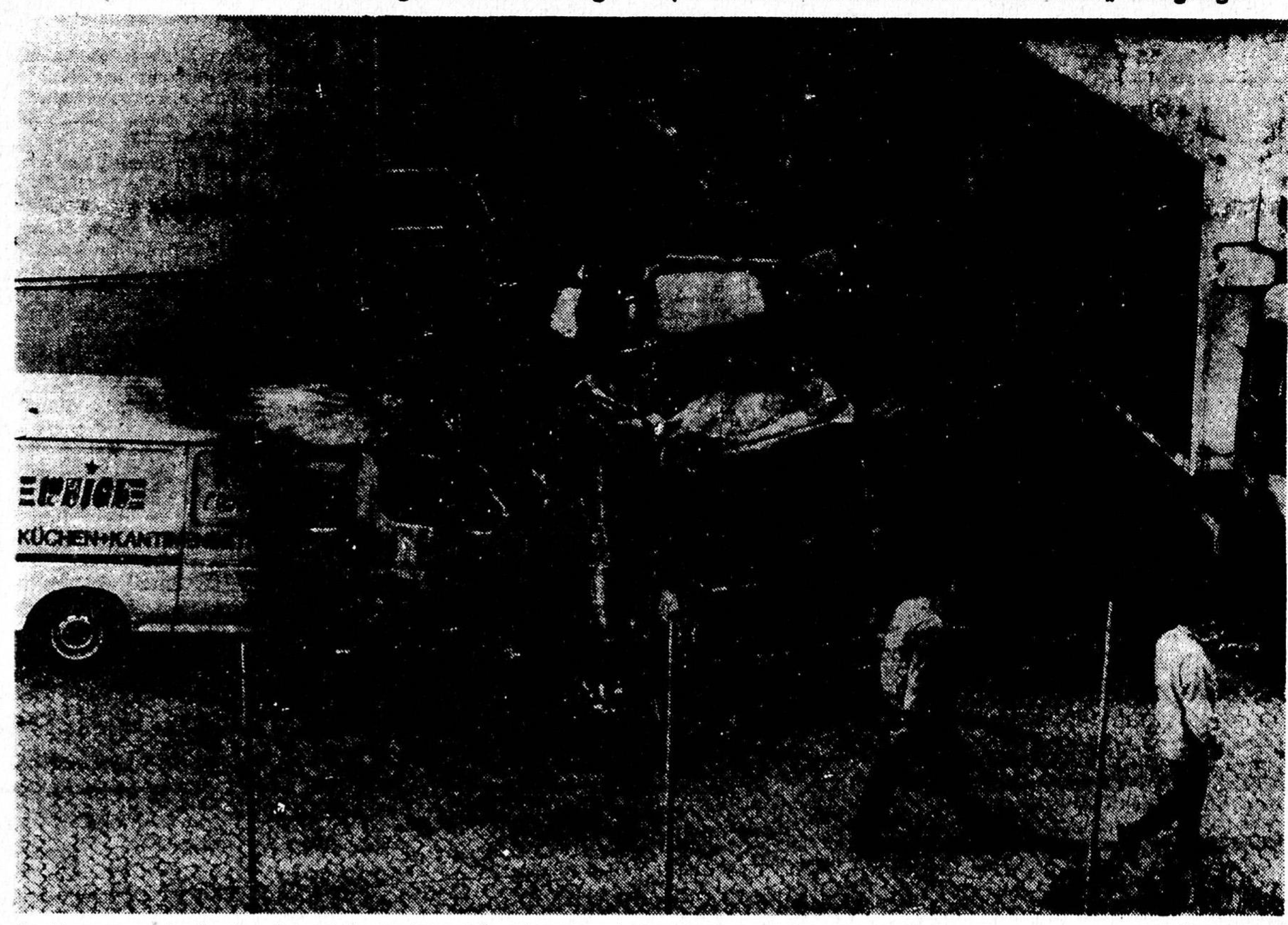
Pkw beschmiert

Mit Parolen gegen die Abschiebung von Ausländern wurde am Wochenende ein Fahrzeug auf dem Parkplatz des Rathauses an der Cronenberger Straße beschmiert. Nach Angaben der Polizei wurden darüberhinaus zwei Reifen an dem Wagen zerstochen. Ein Ermittlungsverfahren ist eingeleitet worden. Hinweise auf verdächtige Personen nimmt die Polizei unter der Telefonnummer ███ jederzeit entgegen.

Unbekannte Täter legten in der Nacht zum Montag drei Brandsätze unter Lieferwagen einer Firma im Hafenindustriegelände

Mysteriöser Anschlag auf Kantinendienst

Flammen zerstörten und beschädigten fünf Fahrzeuge — Spezialisten aus München entschärften „Blindgänger" — Schnellstraße gesperrt



Zwei Lastwagen der Kantinenfirma sind ausgebrannt. Daneben einer der beschädigten Kleintransporter. Foto: Hippel

Ein Brandanschlag auf eine Kantinenfirma im Industriegelände am Nürnberger Hafen gibt der Polizei Rätsel auf.

In der Nacht zum Montag hatte eine Polizeistreife kurz nach halb vier Uhr bemerkt, daß im Hof des Kantinendienstes an der Lechstraße ein Feuer loderte: An der Laderampe stand ein Kühlwagen im Flammen.

Die Löschmannschaften der Hafenwache waren in wenigen Augenblicken zur Stelle. Doch schon nach kurzer Zeit mußten sie ihre Arbeit wieder einstellen, weil sie Brandsätze unter dem Laster und unter zwei weiteren Fahrzeugen entdeckt hatten.

So konnten die Männer nicht verhindern, daß das Feuer auf einen 7,5-Tonner übergriff und drei weitere Kleintransporter erheblich beschädigte. Die Fahrzeuge waren nicht beladen. Verletzt wurde zum Glück niemand. Die Kosten: vermutlich 250 000 Mark.

Die Sicherheitskräfte sperrten das Areal, zum Teil auch den Frankenschnellweg (A 73), weiträumig ab und forderten Spezialisten aus München an. Den Polizisten gelang es, die zwei noch intakten Brandsätze gegen 6.30 Uhr zu entschärfen. Danach wurden die Straßen wieder freigegeben. Das Landeskriminalamt untersucht jetzt die Zusammensetzung der offensichtlich selbstgebastelten Ladungen.

Sie waren mit einer Zeitschaltuhr gekoppelt, die auf 3.30 Uhr eingestellt war. Warum sie nicht hochgegangen sind, ist ungeklärt. Die Ermittler entdeckten, daß die Täter den Maschendrahtzaun auf der Rückseite des Anwesens aufgeschnitten hatten, und suchen dringend Zeugen. Ein „privater" Racheakt erscheint ihnen ebenso denkbar wie ein organisiertes Verbrechen aus bisher nicht erkennbaren Motiven.

woh

OSTTHÜRINGER Zeitung 14. Juni 1994

Lkw mit Sattelauflieger wurden Raub der Flammen

Über 100 000 DM Schaden / Kripo ermittelt

Gera/Nürnberg (OTZ/F.K.) Bei einem Brand auf dem Gelände eines Lebensmittel-Unternehmens bei Gera wurden gestern gegen 2.45 Uhr vier Lkw mit Sattelauflieger zerstört. Die Geraer Polizei schätzte den Sachschaden auf über 100 000 DM. Durch den sofortigen Einsatz der Feuerwehr Wünschendorf und der Berufsfeuerwehr Gera konnte ein Übergreifen des Brandes auf weitere geparkte Lkw vermieden werden. Die Feuerwehr, die den Brand nach einer halben Stunde unter Kontrolle hatte, mußte über 500 Liter Dieselkaftstoff aus den Fahrzeugen abpumpen. Die Kripo nahm die Ermittlungen wegen des Verdachtes auf Brandstiftung auf. Der Geschäftsführer der Firma äußerte sich gegenüber OTZ bestürzt zu dem Vorfall. Er vermutet Brandstiftung.

Nach Information des Polizeipräsidiums Mittelfranken kam es ebenfalls gestern gegen 3.30 Uhr in der Nürnberger Filiale des Konzerns, dem auch das Geraer Unternehmen angehört, zu einem Brandanschlag auf den Fuhrpark. Dabei brannten zwei Lkw aus; drei weitere Klein-Lkw wurden erheblich beschädigt. Der Sachschaden wird auf über 250 000 DM geschätzt. Die Polizei fand Brandsätze unter den Lkw. Zwei der Brandsätze wurden von Münchner Polizei-Experten entschärft. Über Hintergründe der Tat liegen laut Nürnberger Polizei noch keine Erkenntnisse vor.





Die vollständige Erklärung kann

Mittwoch, 15. Juni 1994,

Keine Hinweise auf Täter

Auf der Suche nach den Tätern, die drei Brandsätze in Kartons unter Fahrzeuge eines Kantinenbetriebes am Hafen gelegt haben, ist die Polizei noch keinen Schritt weiter gekommen. Spezialisten des Landeskriminalamtes nahmen die Reste der gezündeten und die beiden von ihnen entschärften Ladungen gestern zu Laboruntersuchungen mit nach München. Für Hinweise zur Klärung des Anschlags wurden 5000 Mark Belohnung ausgesetzt. Die gleiche Summe winkt für Tips zur Ergreifung der Räuber, die den Nachtportier des Atriumhotels überfallen haben. Auch in diesem Fall tappt die Polizei im dunkeln.

Lastwagen in Brand gesetzt

Gera. (dpa/tlz) Einen Schaden von voraussichtlich weit über 100 000 Mark richtete ein Brand in einer Gemüse- und Obstverarbeitungsfirma in Meilitz (Kreis Gera) an. Wie die Polizei berichtete, brach das Feuer in der Nacht zum Montag nach ersten Ermittlungen an zwei Lastwagen aus und griff auf weitere zwei Fahrzeuge über. Die Kriminalpolizei ermittelt wegen Brandstiftung.

TLZ Dienstag, 14. Juni 1994

in der Nr. 292

nachgelesen werden.

KONZEPTPAPIER
Berlinweite Demonstration: „Die faschistischen Strukturen aufdecken und angreifen“ Sa,13.8.94

Anlaß: Widerstand gegen den „Rudolf-Hess-Marsch“

Zum nunmehr achten Mal ist in den Tagen um den 17. August mit einem Aufmarsch organisierter Alt- und Neonazis aus ganz Europa zu rechnen. Für das Wochenende 13./14. August haben faschistische Gruppen eine zentrale Demonstration angekündigt. Anlaß dafür ist der Todestag des Hitler-Stellvertreters und verurteilten Kriegsverbrechers Rudolf Hess. In den letzten Jahren gelang es den FaschistInnen mit wechselndem Erfolg, durch den Aufmarsch ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu gelangen. Spätestens mit der durch die hessische Polizei unterstützten Demonstration in Fulda 1993 war dieses Ziel weitestgehend erreicht.

Nicht zu unterschätzen ist dabei auch der motivierende Aufschwung, den die Nazi-Szene alljährlich durch die gelungene Durchführung ihrer Propagandaveranstaltung erlebt: Zum einen die Möglichkeit für verschiedene Fraktionen der FaschistInnen, vielbeachtet Einheit auf der Straße zu demonstrieren. Zum anderen der politische Sieg, unbehelligt faschistische Inhalte der Öffentlichkeit zu präsentieren - antifaschistische Gegenaktionen waren vor Ort bei der Durchführung des Aufmarsches überhaupt nicht mehr wahrnehmbar, in der bundesrepublikanischen Presselandschaft fanden die einzelnen Gegenveranstaltungen kaum Beachtung.

Konzept: Die „AKTION 94“

Es wird in vielen Städten dezentrale antifaschistische Aktionen geben, die in den Rahmen der Kampagne „Aktion 94“ gestellt werden. Dafür verwenden die einzelnen Gruppen ein einheitliches Logo, um die Zuordnung zur Gemeinsamkeit EINES Konzepts zu dokumentieren. Es wird eine zentrale Pressestelle in Bonn eingerichtet, die die Meldungen zu gelaufenen Aktionen sammelt und gebündelt der Presse vorstellt.

Schwerpunkt des Konzeptes ist die regionenweiten Durchführung von zentralen und öffentlichen Aktionen. Am „Tag X“ des Aufmarsches geht es dabei vor allem um Blockaden, Demos und Kundgebungen vor Wohnungen, Zentren und Treffpunkten der Nazi-Szene. Hierbei ist das Ziel zum einen die direkte Behinderung der Kader, die am „Hess-Marsch“ beteiligt sind. Zum anderen geht es darum, den Nazis ihre Erfolge an diesem Tag zunichte zu machen, insbesondere die Medienpräsenz und ungestörte Beachtung ihrer Aktivitäten.

Darüberhinaus ist es jedoch auch Anliegen der „Aktion 94“, faschistische Strukturen vor Ort aufzuzeigen, ihre Drahtzieher öffentlich zu machen und es Menschen aus unterschiedlichen Spektren zu ermöglichen, sich an den Gegenaktionen zu beteiligen. Zu diesem Zweck ist bereits im Vorfeld regionale Pressearbeit angestrebt. Zudem sollen, je nach örtlichen Gegebenheiten, Bündnisse mit linken und linksliberalen Gruppen eingegangen werden.

Die Demonstration in Berlin

Am Sa,13.8. wird in Berlin eine Demonstration stattfinden unter dem Motto „Die faschistischen Strukturen aufdecken und angreifen“. Beginn 11 Uhr Schönhauser Allee (Prenzlauer Berg).

Die Schlußkundgebung findet vor dem Haus des Weddinger Neo-Nazis Arnulf Priem statt. Priem spielt eine zentrale Rolle in der Koordination faschistischer Aktivitäten in Berlin und hat eine lange Vergangenheit als Nazi (NSDAP/AO, ANS/NA, GdNF, DA). Er ist von der bürgerlichen Braunzone bis in offen militante faschistische Kreise aktiv. (Aktuellstes Beispiel:Briefbombenattentate in Österreich). Es gibt offensichtlich eine faktische Duldung durch Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, die sich an zahlreichen Beispielen belegen läßt. Ausschlaggebend für Priem als politisches Angriffsziel ist seine Mitarbeit am „Hess-Marsch Vorbereitungskomittee 94“

Anhand der konkreten Demoroute werden aber auch darüberhinausgehende Themen aufgegriffen: FAP im Prenzlberg, „Nachbarschaftsterror“ durch FaschistInnen, (Auftakt Schönhauser Allee); Repression gegen AntifaschistInnen, Zusammenarbeit Staat-Nazis(Polizeirevier Pankstraße) Unterstützung des türkischen Faschismus durch die BRD, Türkei-Urlaubsboykott, Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf (Reisebüro Prinzenallee).

Im Vorfeld wird Pressearbeit geleistet. Am So,7.Juli, 17 Uhr findet eine Informationsveranstaltung im Antifa-Cafe Wedding (Osloerstr.12,Putte,Aufgang A,2.OG))statt.Im Wedding+Prenzlauerberg wird ein Flugblatt für AnwohnerInnen verteilt, in dem in nachvollziehbarer Weise die Demonstration angekündigt und ihre Ziele erklärt werden. Allen AufruferInnen steht es frei, zur Demonstration eigene Mobilisierungen zu starten. Als Plakate werden das bundesweite Motiv und ein eigener Berlin-Aufruf verklebt.

Sollte klar sein, daß der zentrale Naziaufmarsch am selben Tag in Berlin stattfindet, bietet die Demo die Möglichkeit, von dort weg zum Aufmarschort zu mobilisieren.

Das Demokonzept wird bisher getragen von: Antifa-Cafe Wedding, Antifa Jugendfront, Autonome Antifa A+P, Clash Wedding, F.e.l.S., LSD-Antifa Prenzlberg.

Angefragt sind: AIM (Antifaschistische Initiative Moabit), Antifa Friedrichshain, Antifa Prenzlauer Berg, Edelweißpiraten, Hummel-Antifa ASTA HU, LesbischSchwule Antifa (Prenzlauer Berg). PDS Prenzlauer Berg, PDS Wedding , Referat Antifaschismus Asta TU

FASCHISTISCHE STRUKTUREN AUFDECKEN UND ZERSCHLAGEN

Der diesjährige Todestag am 17.08.1994 von Rudolf Heß ist für die FaschistInnen ein Anlaß zu einer erneuten Machtdemonstration; für AntifaschistInnen einer von vielen Gründen, ihre Aktionen zu verstärken, die sich nicht nur auf den Tag X beschränken.

Die neofaschistischen "Führer" *Christian Worch* und *Jürgen Rieger* aus Hamburg, *Bela Ewald Althans* aus München und *Arnulf Winfried Priem* aus Berlin haben ihre Nazigefolgschaft zum "Gedenken" an Rudolf Heß zu einer "nationalen Aktionswoche" vom 13.08. - 20.08.94 aufgerufen.

Im Zuge der geplanten **antifaschistischen Aktionswoche vom 13.08. - 21.08.94** finden verschiedene dezentrale Aktionen gegen den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch statt.

Das Berliner Antifa-Bündnis, dessen Beteiligte sich einig sind, daß nicht nur auf den Tag X reagiert werden soll, trifft Vorbereitungen z.B. für eine **Veranstaltung am Sonntag, den 07.08.19994 um 17.00 Uhr im Antifa-Café-Wedding** (Osloerstr.12 in der Putte, Aufgang A, 2.OG im Wedding). Themen werden u.a. Priem und seine Aktivitäten bzgl. AntiAntifa, "Einblick", österreichischen Briefbombenattentaten und seine Verbindungen zum Rudolf-Heß-Gedenkmarsch sein.

Geplant ist eine **Antifa-Demo am 13.08.94 um 11.00 Uhr**, die mit einer Kundgebung vor Priems Wohnung enden soll.

Die breit angelegte Initiative ist auf zahlreiche UnterstützerInnen angewiesen, die zu Vorschlägen und Taten bereit sind!! Die Themen müssen nicht nur auf Heß speziell ausgerichtet sein und bauen auf Information und Mobilisierung für die Demo.

Eine Vorbereitungsversammlung findet am Donnerstag, den 28.07.94 um 19.00 Uhr im Mehringhof (Versammlungsraum) statt.

Kontaktadressen:

Antifa-Café-Wedding
c/o Infoladen Omega
Sparrstraße. 21
13 353 Berlin
Tel.: 030/453 70 23
Fax.: 030/453 86 78

Bundeskontakt:

Büro für politische Kulturarbeit
Pressestelle
Florentiusgraben 25
53 111 Bonn
Tel./Fax: 0228/690 882

WIDERSETZEN WIR UNS DIESEM EUROPA!

Wir laden ein zur Vorbereitung eines ANTI-EU-SEMINARS in Berlin

Am 9./10. Dezember 94 treffen sich die 12 Staatschefs der EU zu ihrem halbjährlichen Gipfel. Da die BRD im 2. Halbjahr den Vorsitz innerhalb der EU hat, wurde die Ruhrgebietsstadt Essen als Austragungsort des pompösen Staatsaktes bestimmt. Der Essener Gipfel wird sich wesentlich mit folgenden Themen beschäftigen:

- Unter der Vorgabe, den europäischen Arbeitsmarkt zu fördern, sollen weitere Grundlagen zur Senkung der Lohnkosten und Sozialbeiträge sowie zur Beschneidung sozialer Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten geschaffen werden.

- Mit dem 'Essener Vertrag' soll die Aufnahme weiterer europäischer Länder in die EU vollzogen werden. Es geht dabei zunächst um Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen. Ziel ist die Erweiterung des direkten Einflußbereichs der EU unter der Führung und Kontrolle Deutschlands.

In Essen hat sich mittlerweile ein Bündnis verschiedener Gruppen gebildet, die gemeinsame Gegenveranstaltungen zum Gipfel der EU planen. Ziel ist es, aus einer fundamentalen Kritik heraus einen Schritt zur Vernetzung und Bündelung von Widerstand gegen die imperialistische, europäische Formierung zu machen: "Wir sehen uns genauso verbunden mit den sozialen Bewegungen und Ansätzen emanzipatorischen Widerstandes in Europa wie auch mit den Kämpfen vieler Befreiungsbewegungen und sozialer Organisationen in den in neokolonialistischer Abhängigkeit gehaltenen Ländern der Dritten Welt" ("Essener Standpunkte" - Aufruf zu Gegenaktionen am 9./10. 12.94)

Beschlossen wurde bisher, daß es am Freitag abend eine internationalistische Auftaktveranstaltung geben wird, in der Anklage erhoben werden soll, z.B. gegen die neokolonialistische EU-Politik, gegen Rassismus, Ostexpansion u.a.. Desweiteren sind für den Samstag eine internationalistische Großdemonstration sowie phantasievoll gestaltete Aktionen in der Stadt Essen geplant.

Über die Aktionen an den Gipfeltagen hinausgehend soll es in unterschiedlichen Städten Seminare geben, die sich vorbereitend mit unterschiedlichen Themen der EU-Politik auseinandersetzen, z.B. in Nürnberg (rechte Strategien), und in Köln/Wuppertal (Außenbeziehungen):

Wir, Leute aus dem antifaschistischen und dem internationalistischen Spektrum, stellen uns vor, hier in Berlin ebenfalls ein Seminar zur Politik der Europäischen Union zu machen. Wir haben an uns selbst und innerhalb der verbliebenen Linken festgestellt, daß dieses Thema in unseren Köpfen äußerst unterbelichtet ist. Wer weiß schon um die kolonialistische Geschichte der EG oder noch aktueller um die andauernden kolonialistischen Verhältnisse der EU zu kleinen Inselstaaten im Pazifik, Atlantik und im Indischen Ozean. Wer hat sich z.B. diese Wahlfarce zum Europäischen Parlament in dem Sinne bewußt gemacht, daß das EP (es besteht sogar ein erheblicher Unterschied zur Stellung sonstiger bürgerlich/demokratischer Parlamente) keine Entscheidungs- und Kontrollgewalt, sondern lediglich Mitspracherecht hat. Die europäische Politik wird also ausschließlich von oben beschlossen und durchgesetzt. Bis in unsere Kreise hinein wird mit der Integration Deutschlands in die EU verbunden, daß diese eine Sonderrolle der BRD verhindere, das deutsche Großmachtstreben bremse und zudem das Einfallstor für verschärfte Nationalismen schließe. Das Deutschland bereits längst die dominierende Macht in der EU ist und diese als Sprungbrett für eine neue ökonomische und militärische Großmachtpolitik nutzt, wird dabei meist genauso übersehen, wie die Tatsache, daß Deutsch-Nationalismus lediglich mit Eurozentrismus und europäischem Kulturchauvinismus ausgetauscht wird. Ein Widerstand mit einer internationalistischen Perspektive ist oft nicht vorhanden, eurozentristische Sichtweisen dominieren.

In diesem Sinne stellen wir uns also vor, daß wir im Vorfeld des Essener EU-Gipfelspektakels mit einem Seminar spektrenübergreifende Diskussionen schaffen können; unser Ziel ist, sich ein

Die **"Essener Standpunkte"** für Aktionen zum Gipfeltreffen der Europäischen Union am 9. und 10. Dezember 1994 in Essen können im Ordner nachgelesen werden.

umfassenderes Bild davon zu machen, auf welche Weise der sich auf politscher, ökonomischer und militärischer Ebene vollziehende europäische Formierungsprozeß Einfluß auf alle Politikfelder hat, mit denen wir uns beschäftigen; zum Anderen sollen die Diskussionen dazu beitragen, das Nebeneinander unterschiedlicher Spektren mit diesem konkreten Projekt aufzubrechen.

Wir stellen uns grob vor, daß das ganze ein 1-2-tägiges Seminar werden soll, auf dem in mehreren Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen gearbeitet wird. Arbeitsgruppen könnte es unserer Meinung nach z. B. zu folgenden Themen geben:

- Die EU und Osteuropa
- (Ost)Europakonzeptionen der Neuen Rechten
- Europas ökoimperialistische Strategien
- Kolonialistische Politik der EU im Trikont
- Abschottungspolitik der 'Festung Europa'
- Feminisierung der Armut im Zeichen europäischer Politik
- Soziale und ökonomische Entwicklungen im Binnenmarkt Europas

Die Arbeitsergebnisse könnten dann auf einem gemeinsamen Abschlußplenum vorgetragen werden. Als übergreifende Fragestellungen, die in allen Arbeitsgruppen behandelt werden sollten, könnten wir uns folgende vorstellen:

- Perspektiven für einen gemeinsamen Widerstand gegen das zukünftige EU-Global-Imperium?
- Illusionen über die Reformierbarkeit der EU und dem Mythos der Bändigung des deutschen Nationalismus über eine bewußtseinfördernde "europäische Identität"?
- Abgrenzung von einer rechten populistischen Anti-EU-Propaganda, nach der rechts und links zusammenwächst und zusammengehört?

Um es zu betonen: wir sind von uns aus nicht in der Lage, all diese Arbeitsgruppen und Fragestellungen inhaltlich vorzubereiten, sondern wünschen uns die Bereitschaft von euch, eigenständig Arbeitsgruppen vorzubereiten, die eurem Interesse entsprechen. Das heißt auch, daß Vorstellungen zu anderen AG`s absolut willkommen sind.

Mit einem **TREFFEN**
am Do. den 11. August
um 19.00 Uhr
im BAOBAB
in der WINSSTR. 53; 10 405 Berlin

möchten wir also alle diejenigen einladen, die sich vorstellen können, ein solches Seminar aktiv mitzutragen, sei es was die inhaltliche Gestaltung als auch die praktische Umsetzung betrifft.

Kontakt:
EU-Seminarvorbereitungsgruppe
c/o BAOBAB
WINSSTR. 53; 10 405 Berlin

Essen am 9./10. Dezember:

Kurz-Info zum Europäischen Rat

Der Europäische Rat (ER) ist ein regelmäßiges Treffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der EG/EU. Es gibt ihn in dieser Form seit 1974. Er wurde allerdings erst 1987 durch die Einheitliche Europäische Akte in die gemeinsamen Verträge der Gemeinschaft aufgenommen.

Der Rat ist nicht in die Struktur und Entscheidungsfindung der EU eingebunden. Er bewegt sich oberhalb dieser Ebene, ist aber für die Entwicklung und Vertiefung der europäischen Formierung von besonderer Bedeutung. Hier werden grundsätzliche Entscheidungen über die weitere Poltik der EU getroffen, die dann von anderen Gremien ausgeführt werden (EG-Kommission und Ministerrat). Dies umfaßt Fragen der außenpolitischen Zusammenarbeit ebenso wie die Entscheidung über die Aufnahme weiterer Länder. In der jüngsten Vergangenheit sind vor allem zwei Entscheidungen des Rates von besonderer Bedeutung gewesen.

- Die Einigung des ER über den Vertrag zur Europäischen Union (Beschluß zur gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion) im Dez. 1991 in Maastricht
- Die Vergabe des Europäischen Währungsinstituts (bei der Tagung des ER im Dez. 1993 in Brüssel) nach Frankfurt a.M.

Der Rat kommt mindestens zweimal im Jahr zusam-men und findet in dem Land statt, daß zur Zeit die Präsidentschaft der Europäischen Union innehat. Mit dem 1. Januar hat die griechische Regierung die belgische abgelöst, in der 2. Jahreshälfte 1994 übernimmt die BRD den Vorsitz.

BRITISH TROOPS OUT

Im Oktober 1993 begann Sinn Fein - der politische Flügel der IRA mit den ersten Teilschritten hin auf einen Friedensprozeß in bezug auf den Krieg im Norden Irlands. Kurz zur Geschichte dieses Prozesses: Im Oktober entwarf Sinn Fein gemeinsam mit der SDLP (Social Democratic and Labour Party) einen Friedensplan, den John Hume der britischen Regierung - auch im Namen Sinn Feins -vorlegte. Britannien lehnte es zunächst öffentlich ab in dieser Angelegenheit mit Sinn Fein zu verhandeln. Im Dezember 1993 mußte die britische Regierung jedoch zugeben, daß es seit längerer Zeit bereits Geheimverhandlungen mit Sinn Fein gab; und sie warzu einer Rektion gezwungen: So veröffentlichte sie in Zusammenarbeit mit der südirischen Regierung die Downing-Street- ERklärung. Der Inhalt des Dokuments war jedoch äußerst vage und oberflächig gehalten und hinsichtlich einer politischen Lösung für den Abzug der britischen Truppen, das Problem des Sektierertums und die allgemeine Gewalt gegen die Communities im Norden Irlands enthielt es keinen konkreten Vorschläge. Im Grunde war der einzige Inhalt des Dokuments das Versprechen von Verhandlungen im Gegenzug zur Einsteilung des bewaffneten Kampfes, den einzigen effektiven Hebel gegen den Staat im Norden.

Die momentane Situation in Irland ist die einer Pattsituation, der Kampf und die Gründe für ihn existieren weiter. Aber was verspricht sich Sinn Fein davon, sich auf mögliche Gespräche mit der britischen Regierung einzulassen ? Die Gründe dafür sind zweifach: Einerseits die Intensivierung von loyalistischen Angriffen auf die katholische Community und Mitglieder von Sinn Fein d.h. unzweifelhaft hat die Kollusion der "Sicherheitskräfte" mit loyalistischen Todesschwadrone den Druck auf Sinn Fein in bezug auf eine Lösung erhöht. Außerdem stehen nationalistische Communities - wie Crossmaglen - faktisch unter ständiger Belagerung der britischen Armee. Dies macht eine Lösung für RepublikanerInnen um so dringlicher.

Medienberichterstattung, die Integration der Opposition, Manipulation der Diskussion

Die Medienberichterstattung über den irischen Friedensprozeß ist äußerst aufschlußreich. Die Darstellung zum Beispiel von Gerry Adams und Martin McGuinness - beide Vorsitzende von Sinn Fein - hat sich in den Medien völlig verändert. Gerry Adams wird nicht mehr als "terroristischer" Anführer beschrieben, sondern als der Flügel innerhalb der republikanischen Bewegung kultiviert, mit dem es möglich ist zu verhandeln.

Gegenwärtig ist der Friedensprozeß ins Stocken geraten, doch wird er sicherlich weitergeführt werden. Und Adams repräsentiert die Tendenz innerhalb der Bewegung, die am wahrscheinlichsten mit der britischen Regierung in Verhandlung treten wird. Im Moment scheint es so, daß Adams offensichtlich nicht genug angeboten wurde, um es der republikanischen Bewegung zu verkaufen. Adams repräsentiert das eher dominante, katholische, nationalistische Element innerhalb Sinn Feins, das Fragen sozialer, ökonomischer und kultureller Unterdrückung und ihrer radikalen Lösung hinten anstellt. Unter der Forderung eines vereinten Irlands stehen differierende E lemente innerhalb der republikanischen Bewegung, auch solche, die andere Prioritäten setzen, zum Beispiel Frauengruppen. Frauen machen bereits seit langem Druck auf Sinn Fein in Richtung einer Pro-Abtreibungsdiskussion, doch Adams reagierte darauf nur taktisch. Er befürchtete, damit Stimmen in der katholischen Community zu verlieren.

Interne Kritik wird zum Beispiel auch von den irisch-republikanischen Gefangenen laut:
"Die Downing-Street- Erklärung besteht aus mehr Illusionen als aus Substanz. Die Sprache, die verwendet wird, ist zutiefst zweideutig und so kompliziert, daß sie alles für alle bedeuten kann. Und gleichzeitig sagt sie nichts.... Sie bietet nationalistischen Leuten nichts faßbares an;

Sie fordert jedoch die einseitige Einstellung des bewaffneten Kampfes. Sie ist eine große Illusion, aber eine Illusion in die Leute Erwartungen setzen."

Jenseits der Mystifikationen praktische Möglichkeiten

Wir glauben, daß es gerade jetzt besonders wichtig ist, eine Bewegung zu initiieren, die "Truppen raus aus Irland" fordert. Denn daran könnte sich die progressive Community im Norden Irlands orientieren und arbeiten. Diese Kampagne verläßt sich hauptsächlich auf das Potential der Massenmobilisierung. Im Gegensatz dazu stehen diplomatische Geheimdialoge, die nicht auf die Beteiligung der Bevölkerung setzen, sondern passives Verhalten fördern. Selbst Sinn Fein Mitglieder kennen bis heute noch nicht den Inhalt der Hume-Adams-Initiative.
Der Widerspruch zwischen diesen zwei Rangehensweisen zeigt sich an der Tatsache, daß eine soziale Transformation erst dann möglich schien, als es zu Massendemonstrationen, Streiks und Riots kam, die ihre Basis in der Community hatten, z.B. die frühe Bürgerrechtskampagne und die Mobiliserung um den Hungerstreik. Die Vorteile einer Radikalisierung sind weiterhin sichtbar auf den jährlichen politischen Festivals in WestBelfast und Derry oder auch bei radikalen Community-gruppen und ihrer Art der Organisierung.

TIME TO GO

Die Forderung nach "Truppen raus aus Irland" soll verdeutlichen, daß es sich bei dem Krieg im Norden Irlands nicht um einen "religiösen Stammeskrieg" handelt, sondern klar um einen Konflikt bei dem die Gewalt vom Staate ausgeht. Im Alltag bedeutet dies für die nationalistische Community Nackt-Durchsuchungen in den gefängnissen, Hausdurchsuchungen, Kollusion zwischen britischen "Sicherheitskräften" und loyalistischen Todesschwadronen und täglich eingetretene Türen.
Nach dem Abzug der britischen Truppen wird ein Ende dieses Terrors sichtbar.

Und vielleicht entwickelt sich die Möglichkeit einer breiten sozialen Bewegung.

Der Schlüssel zur Beendigung des Krieges in Nordirland liegt und lag bei der britischen Regierung, die Irland besetzt hält. Das erklärte Hauptziel der IRA war immer, die Briten zu einem Abzug aus Irland zu bringen und das irische Volk selbst über seinen Weg bestimmen zu lassen. Insofern ist es von besonderer Bedeutung, ob die britische Regierung wirklich zu einem Abzug aus Irland bereit ist.

In der Erklärung der Regierungschefs vom Dezember heißt es, daß die britische Regierung *"keine selbstsüchtigen, strategischen oder wirtschaftlichen Interessen in Irland verfolgt."* Diese Behauptung machte schon 1992 der damalige Nordirlandminister Brooke. Dieser Satz wird allgemein anerkannt; Sinn macht er aber erst, wenn klar ist, daß die britischen Interessen nicht unbedingt nur mit der militärischen Besatzung durchsetzbar sind. Finanziell ist Nordirland für Britannien ein Zuschußgeschäft. Ohne Stationierungskosten für die Armee zahlt London jährlich 10 Milliarden Mark in die Provinz. Die Einnahmen sind eher gering.



Hinzu kommt die enge Bindung Irlands an die EU. Gegen eine Mitgliedschaft in der WEU hat Irland sich lange gesträubt. Inzwischen hat die Republik Irland Beobachterstatus, was einer Quasi-Mitgliedschaft entspricht.

Auch von Seiten der EU besteht ein gewisser Druck, daß es zu einer Lösung kommt. Über den EU-Strukturausgleichsfond fließen jährlich große Summen nach Nordirland, 1989 z.B. 540 Millionen englische Pfund. Diese gelangen zum größten Teil in protestantische Gebiete, aber auch viel in "Befriedungsprojekte" (so wurde z.B. die meterhohe sog. Peace-Line in Belfast mit EG-Geldern gebaut). Die Verteilung wird von London aus vorgenommen. Das Interesse ist, im imperialistischen Projekt EU politische Ruhe zu haben.

Spirit of Resistance 1/1994

Das Hauptinteresse der EU in dieser Region liegt darin, eine stabile Situation für das Kapital zu schaffen. Im Moment bedroht jedoch der bewaffnete Kampf der IRA einige Hauptfinanzinteressen in der Stadt London. z.B. hatte die Bishopsgate -Bombe eine Milliarde Pfund materiellen Schaden zur Folge und bedrohte außerdem das Selbstbewußtsein von Investoren im Finanzzentrum von London.

Gruppe "Midnight on the Empire"
(Dieser Text wurde von irischen Genossen geschrieben und in die deutsche Sprache übersetzt)

Kundgebung am 13. August 14 Uhr

vor der Britischen Botschaft

Unter den Linden 32

Der 87jährige, sein Neffe und vier andere Männer starben am Samstag abend im Maschinengewehrfeuer protestantischer Terroristen, als sie sich in O'Toole's Bar in dem kleinen Dorf Loughinisland die Übertragung des Fußballspiels zwischen Irland und Italien a...

Entsetzen nach dem Anschlag auf eine Bar

Die loyalistische „Ulster Voluneer Force" blickt auf eine lange Geschichte von brutalen Anschlägen und Morden...

13. AUGUST

Attentate auch im Süden

Abschlußerklärung der BesetzerInnen der Gedenkstätte "Deutscher Widerstand" im Bendlerblock Berlin.

Wir haben heute, zwei Tage vor den Gedenkfeierlichkeiten zum 50. Jahrestag des 20. Juli 1944, die Gedenkstätte "Deutscher Widerstand" besetzt. Von 9.00 Uhr morgens bis 15. 00 Uhr nachmittags war der Museumsbetrieb außer Kraft gesetzt.
Wir wollen damit auf die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland aufmerksam machen, die wir als Prozeß der Re-Nationalsozialisierung bezeichen. Für die neue Großmachtpolitik Deutschlands bieten nationalsozialistische Inhalte ebenso einen Anknüpfungspunkt, wie für die beschleunigte Durchsetzung von verbesserten Kapitalverwertungsbedingungen im Inneren. Für beides wird die deutsche "Volksgemeinschaft" formiert, die Nation geschlossen hinter die nationalen Ziele gebracht.
Fehler wie Hitler sie gemacht hat, die den Einfluß Deutschlands für mehr als 40 Jahre gefährdet und begrenzt haben, will man nicht wiederholen. So wird ein allzu abruptes Lossagen von der Westbindung ebenso vermieden, wie eine Abkehr vom Weltmarkt im Sinne von Hitlers Autarkie-Konzept.
Für die aktuelle Dynamik in Deutschland bieten die Vorstellungen und Konzepte der Verschwörer des 20. Juli eine Fülle von Anknüpfungspunkten. Der am 20. Juli 1994 stattfindende Staatsakt mit dem positiven Bezug auf die Verschwörergruppe ist ein Teil des Projektes der Historisierung des Nationalsozialismus. Um den Diskurs der "humanistischen Emotionen" zu entkleiden und in Zukunft wieder nutzbringende Elemente des Nationalsozialismus herausfiltern zu können, ist die Bezugnahme auf den 20. Juli folgerichtig.
Wir sind deshalb nicht empört über dieses Gedenken und wir fordern keine anderen Inhalte für dieses Feiern.
Es ist logisch, daß die Bundeswehr übermorgen in den Innenhof des Bendlerblocks zurückkehrt, um sich in die Traditionslinie eines Militaristen wie Beck zu stellen, der an der Überlegung bastelte, wie man Deutschlands Grenzen nach Osten ausdehnen kann, ohne einen sofortigen Krieg mit den Westmächten führen zu müssen.
Deshalb sagen wir: Die Feier am 20. Juli ist eine aggressiv- revanchistische Veranstaltung, die so gut zu Deutschlands neuen Interessen paßt, wie die Festungspolitik gegen Flüchtlinge, die die andere Seite der gleichen Medaille darstellt.
Es ist nur allzu logisch, daß dieser Staat, also die vergrößerte Variante der Rechtsnachfolgerin des "Dritten Reiches", am 20. Juli 1994 sich in die Tradition von ausgewiesenen und erfolgreichen Anti-Antifaschisten stellt. Der Widerspruch zu Hitler kam auf keinen Fall zustande wegen der Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung, der Repression gegen AntifaschistInnen, dem Betrieb von Konzentrationslagern und auch nicht wegen der sich permanent verschärfenden Verfolgung von Jüdinnen und Juden zustande.
Am 9. November 1938, dem Tag der Reichspogromnacht, dachten die zukünftigen Verschwörer darüber nach, wie Deutschlands Großmachtpolitik effektiver zu gestalten sei.
Wir wollen nichts und fordern nichts von diesem, sich in modernisierter Weise re-nationalsozialisierenden Staat.
Wir fordern auch nichts von der Leitung eines Museums, das im Namen schon den nationalen Anspruch formuliert und das Stauffenberg-Wort "Für Deutschland" impliziert.
Deshalb beabsichtigen wir nicht, uns auf die Auseinandersetzungen zwischen den Stauffenberg-Nachfahren und der Museumsleitung zu beziehen, obwohl diese eine neue Qualität der Durchsetzung von Anti-Kommunismus darstellen.

**Wir kämpfen für eine Welt ohne Kapitalismus und ohne Nationalstaaten.
Bevor dieses revolutionäre Ziel erreichbar ist, müssen die Interessen der deutschen Nation angegriffen werden, wo immer es möglich ist.
Landesverrat ist eine Tradition, auf die wir uns positiv beziehen.
Vom 20. Juli 1944 wird diese Tradition nicht verkörpert.
Die Lehre aus Auschwitz kann nur heißen: Nie wieder Deutschland !**

V.i.S.d.P H. Morgenthau, Wandsbeker Allee 44, 22041 Hamburg

Der ASB - ein Bund bamherziger Samariter?

Das Flüchtlingslager Brand

Ungefähr 20 km vom idyllischen Spreewaldstädtchen Lübben entfernt befindet sich, mitten im Wald, ein riesiges Sperrgebiet. Früher waren dort über 5000 sowjetische Soldaten stationiert. Sie lebten in einer Mini-Kasernenstadt und betrieben einen Militärflughafen.

Heute gleicht der Ort einer Geisterstadt. Die meisten Häuser sind Ruinen: Schrott, Müll und zurückgelassene Teile von diversen Fahrzeugen und Militärgeräten liegen überall herum.

Inmitten der verfallenen Häuser wurde ein Wohnblock notdüftig wiederhergestellt und eingezäunt. Willkommen im Sammellager für Flüchtlinge Brand.

Dieses "Gästehaus" (Eigenaussage am Telefon) wird betrieben vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB).

Der ASB an anderer Stelle

Leipzig, im November '92. Auf der ASB-Bundeskonferenz wurde eine Resolution verabschiedet, die sich

- "gegen Fremdenfeindlichkeit
- gegen Einschränkung des Rechts auf politisches Asyl
- gegen der Menschenwürde zuwiderlaufende Lebensbedingungen für Asylsuchende (Sammelunterkünfte, Arbeitsverbot, Beschränkungen der Bewegungsfreiheit)" wandte. (Zitat aus dem Jahrbuch '93)



Wohnblock im Flüchtlingslager Brand

Zurück nach Brand

Drei Monate nach Verabschiedung der zitierten Resolution übernahm der ASB die Leitung des als "Sammelunterkunft" für 1500 Flüchtlinge konzipierten Lagers. Daß heute "nur" circa 300 Menschen im Lager Brand leben, liegt daran, daß mittlerweile das Recht auf Asyl gesetzlich "eingeschränkt" (wir würden sagen: abgeschafft) wurde.

Im Lager Brand zu leben, heißt für die Flüchtlinge:

- Völlige Isolation mitten im Wald. Die nächste Ortschaft ist 6 km entfernt.
- Kinder haben keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen.
- Im Lager gibt es keine Rechtsberatung, was angesichts der komplizierten juristischen Verfahren bei der Asylgesetzgebung für die Flüchtlinge fatal sein kann. Es gibt keine DolmetscherInnen, es werden keine Sprachkurse angeboten.

Einer Berliner Gruppe, die im Lager unter anderem Rechtsberatungen durchführte, wurde von der Leitung des Lagers ohne Angabe vom Gründen Hausverbot erteilt.

- Seit Einführung des Asylberwerberleistungsgesetzes können Flüchtlinge nur noch in dem auf dem Lagergelände eingerichteten Laden mit Warengutscheinen (295,- DM pro Monat für den sog. Haushaltsvorstand, der Rest der Familie erhält noch weniger) einkaufen. Die Preise in diesem Laden sind überteuert, Lebensmittel oft von schlechter Qualität, z.T. auch mal vergammelt. Vor allem aber reichen die Gutscheine nicht bis zum Ende des Monats, so daß es in den letzten Tagen des Monats nichts mehr zu essen gibt.
- Die medizinische Versorgung ist schlecht bis gar nicht vorhanden. Seit dem neuen Gesetz haben Flüchtlinge grundsätzlich nur das Recht auf Behandlung akuter Krankheiten und Schmerzen. Über die Notwendigkeit der Behandlung entscheidet der Amtsarzt.
- Die Flüchtlinge berichten von willkürlichen Akten der Leitung des Lagers. Bei entsprechendem Wohlverhalten werden einzelne Flüchtlinge z. B.durch die Zuweisung von Einzelzimmern begünstigt, während die anderen sich 12-qm-Räume zu dritt teilen müssen.
- Ebenso willkürlich verhält es sich bei der Vergabe von Arbeit. Flüchtlinge, die trotz des geringen Arbeitslohns vom 2,-- DM pro Stunde aufgrund finanzieller Not arbeiten wollen, bekommen keine Arbeit; andere wiederum werden zu der sog. gemeinnützigen Arbeit innerhalb des Lagers gezwungen.

Viele Flüchtlinge halten aus Angst vor Repression mit ihrer Kritik an den herrschenden Zuständen zurück.

Die barmherzigen Samariter

Im Jahrbuch '93 findet das Flüchtlingsheim Brand keine Erwähnung. Beschrieben und mit hübschen Fotos dokumentiert wird die Arbeit des ASB als Träger eines Flüchtlingsheimes in Rostock und die Betreuung von Flüchtlingskindern auf Wohnschiffen in Hamburg.

Unter der Überschrift "Aktivitäten" äußert sich der ASB zur Arbeit in Rostock folgendermaßen:

"Die Tätigkeit der Sozialarbeiter konzentriert sich auf drei

Schwerpunkte:
- Hilfe im herkömmlichen Bereich (Beratung und Betreuung in persönlichen Belangen und im Umgang mit finanziellen Mitteln, Familienzusammenführung, Hilfe bei der beruflichen und schulischen Eingliederung, Orientierungshilfe),
- Beratungen, die auf die Lösungen persönlicher Probleme abzielen, (Rückkehr- bzw. Weiterwanderungsberatung, Rechtsberatungen, Beratungen im Bereich des Strafrechts),
- Ausbildung und Veranstaltungen (Sprachkurse; Freizeitmaßnahmen wie Theater- und Konzertbesuche, Feste und Feiern, Lesungen in den jeweiligen Landessprachen, Tag der offenen Tür etc.; Informationsveranstaltungen)."

Und:

"Daß sich die Samariter von Rostock auch in politische Diskussionen einmischen, ist schon fast selbstverständlich. Als kritische und jederzeit kooperative, sachkundige Partner arbeiten sie mit den kommunalen Verwaltungen zusammen, um den Menschen zu helfen, die vor Hunger, Folter und Tod in die Bundesrepublik geflüchtet sind."

Liebe Leserin, lieber Leser,

Wir haben nun etliche Sätze in die Schreibmaschine gehämmert, um der Hochglanzdarstellung des ASB etwas Realität, zugegeben eine sehr graue, gegenüberzustellen. Wir finden es wichtig, das Menschen, die mit dem ASB auf irgendeine Weise zu tun haben (aber natürlich nicht nur die), über seine Tätigkeit im Flüchtlingsbereich informiert werden. Uns geht es dabei nicht nur um das Aufzeigen vom Mißständen in einzelnen Lagern, wie z.B. dem in Brand. Wir hinterfragen hiermit die Rolle des ASB in der Flüchtlingspolitik insgesamt.

Wieviel Wert hat eine Resolution, die sich gegen die "Änderung" des Grundrechts auf Asyl wendet, wenn der ASB nach dieser faktischen Abschaffung des Asylrechts die damit verbundene neue Asylpolitik unwidersprochen mitträgt.

Wieviel zählt eine Stellungsnahme gegen Sammellager, wenn der ASB genau solche betreibt?

Wo liegt der Unterschied zwischen dem Erlassen von unmenschlichen Gesetzen und Verordnungen und der aktiven Beteiligung an ihrer Umsetzung?

Wir beschuldigen den ASB der Mittäterschaft an der menschenverachtenden Flüchtlingspolitik.

Was geht mich das an? Was tun ?!

Die Dinge, die wir weiter vorne vom Lager Brand berichtet haben, sind durchaus keine Einzelfälle. Es ist gewollt, Flüchtlinge unter diesen Bedingungen leben zu lassen. Sie sollen jede Minute wissen und spüren, daß sie in Deutschland unerwünscht sind.

Mit der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes hat sich die Situation einmal mehr verschärft: Z. B. haben Flüchtlinge nun keinen Anspruch mehr auf Sozialhilfe. Lediglich stehen ihnen Leistungen in Höhe 80 % des Sozialhilfesatzes zu. Diese Leistungen werden zudem nur in Form von Sachleistungen erbracht, neben einem geringfügige "Taschengeld". Sie wissen wahrscheinlich selbst, wie knapp bemessen die Sozialhilfe sowieso schon ist. Nun wurde ganz offiziell und ganz legal eine Gruppe von Menschen bestimmt, die von vornherein keinen Anspruch auf das Existenzminimum hat.

Die Flüchtlinge müssen diese Bedingungen ertragen. Allerdings zielt die Flüchtlingspolitik auf uns alle. Einmal mehr sollen wir verinnerlichen, daß es Menschen gibt, die angeblich nicht so viel wert sind. Zunehmend empfinden wir es als normal, wenn Menschen ausgegrenzt und stigmatisiert werden. Das zeigt sich auch daran, wenn Innenminister Kanther unwidersprochen die Abschiebung von 50.000 bis 60.000 Flüchtlingen im Jahr '93 als großen Erfolg preisen kann in der Gewißheit, daß solcher Zynismus mittlerweile zur Normalität geworden ist. Über das weitere Schicksal dieser Flüchtlinge macht sich kaum jemand Gedanken.

Diese Form der Gedankenlosigkeit, diese Gleichgültigkeit oder vielleicht auch das resignierte Sich-Abfinden mit diesen für Menschen unzumutbaren Bedingungen ist aber letztlich auch ein Baustein der bestehenden Politik, trägt diese Politik mit. Im Gegensatz dazu gilt es, Stellung zu beziehen. Daß heißt zum Beispiel, die eine oder andere "Wahrheit" zu hinterfragen: Warum ist es so normal, als Standart-Deutsche sich wertvoller zu fühlen und mehr Rechte zu besitzen? Warum ist es so normal, als Standart-Deutsche eine höhere Lebensberechtigung zu haben als Menschen mit einer anderen Hautfarbe oder einer anderen Kultur? Warum findet diese staatliche verordnete Blut- und Bodenideologie - mehr oder weniger offen - Eingang in unser Denken und Fühlen?

Zum anderen heißt Stellung beziehen, aktiv zu werden: ob im Alltag, also auf der Straße, in der U-Bahn, auf der Arbeit - immer, wenn wir rassistischem Verhalten begegnen - oder auch in Arbeitsgruppen, Organisationen wie z.B. Gewerkschaften oder Betriebsräten, bei Demonstrationen u.s.w.. Den Möglichkeiten sind keine Grenzen gesetzt, wenn wir wirklich bereit sind zu handeln.

Wenn wir hier die Politik des ASB angreifen, tun wir das mit dem Wissen, daß diese nur ein Bestandteil der unmenschlichen deutschen Flüchtlingspolitik ist. Aber gerade um nicht in einer resignierten - sicherlich auch ganz bequemen - Hilflosigkeit steckenzubleiben, mit der Begründung, daß man ja sowieso nichts machen könne, halten wir es für wichtig und richtig, die einzelnen Teile eines großen Ganzen zu betrachten, daran beispielhaft gründsätzliche Strukturen aufzuzeigen und die Verantwortlichen beim Namen zu nennen. In diesem Sinne fordern wir Sie auf, sich im Rahmen Ihrer Möglichkeiten mit der Flüchtlingspolitik des ASB auseinanderzusetzen. Diskutieren Sie mit Ihren KollegInnen, fragen Sie bei den zuständigen Stellen des ASB nach den Zuständen im Lager Brand, bringen Sie zum Ausdruck, daß Sie mit der Praxis des ASB nicht einverstanden sind!

Wenn Sie weitere Informationen zu der Situation im Lager bei Brand benötigen, können Sie eine kleine Pressezusammenstellung bei der u.g. Adresse gegen einen Unkostenbeitrag von 3,-- DM in Briefmarken bestellen.

Frauengruppe für Einmischung
c/o Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz
Haus der Demokratie
Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Presseerklärung:

In der Nacht zum 20.Juli 1994 haben wir die "Karl-Friedrich-Goerdeler-Straße" und die "Wilhelm-Leuschner-Straße" auf der Pfaffendorfer Höhe in Koblenz in "Erich-Mühsam-Straße" und "Augustin-Souchy-Straße" durch Überkleben der Straßenschilder umbenannt.

Wir protestieren damit gegen die Versuchen, die faschistischen "Widerstandskämpfer gegen Hitler" aus der Gruppe um Goerdeler/Leuschner zu Helden im Kampf für Demokratie und gegen das Naziregime zu deklarieren. Ranghohe Wehrmachtsoffiziere und namhafte Nazis aus Hitlers engstem Beraterstab hatten am 20.Juli 1944 mittels eines Bombenattentats versucht, Hitler zu beseitigen. Sie wollten die Voraussetzungen für einen Separatfrieden mit den Westalliierten schaffen, um den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion weiterführen zu können.

Der an dem Attentat beteiligte Popitz sagte bei seiner Vernehmung: "Ich bejahe in jeder Weise den nationalsozialistischen Staat und sehe in ihm die geschichtliche Notwendigkeit gegenüber dem Internationalismus und die Verjudung der Systemzeit und gegenüber den unerträglichen Krisen der parlamentarischen Parteien, das deutsche Volk in seinen gesamten nationalen Grenzen zu einen und es so zu regieren, wie es nach seiner geographischen Lage allein regiert werden kann. [...]"

Nationalsozialisten, Militaristen und Reaktionäre. Das waren die Verschwörer des 20.Juli 1944. Und solche Menschen sollen wir ehren ?

In der bundesdeutschen Geschichtsschreibung werden fast ausschließlich die reaktionären, christlichen und bürgerlichen Widerstandskämfer erwähnt, wohingegen der antifaschistische Widerstand der Kommunisten und Anarchisten weitgehend verschwiegen wird. Nach der Einverleibung der DDR nutzen die neokonservativen Kräfte aller Lager die Situation, sich als Sieger der Geschichte darzustellen und diese für ihre Zwecke umzuschreiben.

Das wahre Opfer-Täter-Verhältnis wird durch revisionistische Kampagnen und durch die bürgerlichen Totalitarismustheorien, die das Vernichtungssystem des III. Reiches mit der DDR-Regierung gleichsetzen (wie bei der Neugestaltung der Neuen Wache als "Zentrale Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft"), geleugnet.

Erich Mühsam, Anarchist und Schriftsteller, der sein Leben lang gegen Unrecht und Herrschaft angekämpft hatte und 1919 an der Bayerischen Räterepublik beteiligt war, wurde am 10.7.1934 von der SS im KZ Oranienburg erhängt.

Augustin Souchy war ein deutscher Anarchist, der sich als Journalist und Schriftsteller 1936-1939 am Spanischen Bürgerkrieg beteiligte. Er arbeitete in der Gruppe "Deutsche Anarcho-Syndikalisten in Spanien", die zusammen mit der illegal im III. Reich arbeitenden "Freien Arbeiter-Union Deutschlands" (FAUD) Flüchtlingen und freiwilligen Spanienkämpfern den Weg ins Ausland ermöglichte.

Anarchistische Gruppe



Mörderpack!

Es reicht!
Hanim Dener ist tot.
Beim Plakatieren von einem SEK-Bullen erschossen.

WUT UND TRAUER ÜBER DEN MORD !

Hanim hat für die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) plakatiert.
Er ist das erste staatliche Mordopfer aus dem kurdischen Widerstand in der BRD. Dem steht die jahrelange rassistische Hetze gegen KurdInnen und die systematische Kriminalisierung und Verfolgung des kurdischen Widerstandes voran - forciert von Innenminister Kanther ("...ab jetzt wird unser Vorgehen gegenüber der PKK noch schärfer sein. Die PKKler sollen das wissen, daß sie sich nirgendwo frei bewegen können" - 20.3.), dem bayrischen Innenminister Beckstein und vielen anderen.
Die BRD geht in ihrer Politik den gleichen Weg wie das faschistische türkische Regime - Kriminalisierung und Denunzierung des legitimtn kurdischen Befreiungskampfes als "Terrorismus".
Eines Kampfes gegen Unterdrückung und Ausbeutung, gegen die systematische Vernichtung eines Volkes.
Die BRD ist Kriegspartei, aktiv am Völkermord in Kurdistan beteiligt - vertritt ihre Interessen als imperialistischer Staat.
Diese sind sowohl MILITÄRISCHER (im Rahmen der NATO, Bollwerk gegen den Fundamentalismus), ÖKONOMISCHER (Erschließung neuer Märkte in Zentral-asies über die Türkei, Ausbeutung der kurdischen Bodenschätze über den Handelspartner Türkei), als auch POLITISCHER Art(Repression gegen die KurdInnen hier = Linie des türkischen Staates, Türkei soll als starke Regionalmacht bestehen bleiben).
Ein selbstbestimmtes, sozialistisches Kurdistan, für das die PKK kämpft, ist zur Durchsetzung dieser Interessen im Weg.

BIJI KURDISTAN !

Hieraus "erklärt" sich die rassistische Hetze in der BRD gegen KurdInnen, die verstärkte Repression gegen alle, die den Völkermord in Kurdistan und die Beteiligung der BRD (vor allem über Waffenhilfe und ökonomische Unterstützung) anprangern - bis schließlich zum Verbot der PKK, ERNK und der kurdischen Vereine im November 93.
So wird jede Organisierung kurdischer Menschen in der BRD von vornherein kriminalisiert. Mit dem Verbot der Newroz-Feste im März 94 wurde ihnen jeder Ausdruck ihrer Identität genommen.
Die Parallelen zur Politik der türkischen Regierung werden immer deutlicher.
...t den Rufen nach Abschiebung in Folter und Tod - allen voran Beckstein wird dem faschistischen türkischen Regime ein weiterer Gefallen getan.

DEUTSCHE POLIZISTEN - MÖRDER UND FASCHISTEN !

Geschossen hat in Hannover der SEK-Bulle. Er ist der Ausführende der Gesetze, die die Mörder im weißen Kragen hinter ihren Schreibtischen verabschieden. Verantwortlich sind genau die, die Herrschenden, die die zunehmende Faschisierung in diesem Land vorantreiben(rassistische Sondergesetze, Internierung von Flüchtlingen, innere Sicherheit, weliweite Bundeswehreinsätze, Aufwertung der Familie als "Keimzelle des Staates" und die damit verbundene Rollenzuweisung an Frauen.....) Sie sind für den MOrd an Hanim genauso verantwortlich wie für die Ermordung unseres Genossen Wolfgang Grams vor fast genau einem Jahr und dem Tod vieler anderer.
IHre Hetze und Manipulation, ihre Feindbilder bewirken, daß ein Bulle die Knarre zieht und abdrückt. Ganz abgesehen davon, daß die Faschisten bei Bundeswehr und Bullen rekrutieren. Den Herrschenden ist das gerade recht, so müssen sie sich die Hände nicht schmutzig machen.
Sie, das sind CDU/CSU und alle anderen bürgerlichen Parteien.
Der Bulle ist damit nicht aus der Verantwortung genommen als derjenige, der abgedruckt hat, denn es ist die Entscheidung eines jeden/einer jedej einzelnen auf welcher Seite er/sie steht. Sprich: kein Mensch muß Bulle werden...

BRD BULLENSTAAT - WIR HABEN DICH ZUM KOTZEN SATT!

Stichwort "innere Sicherheit", das sich CSU/CDU, SPD, FDP,... auf ihre Fahnen geschrieben haben.
Das heißt mehr Bullen und verstärkte Präsenz, mehr und spezialisiertere Knäste, die rechtliche Aufhebung der Trennung von Bullen und Geheimdienst (die real nie bestand). Das sächsische, neue Bullengesetz ist ein Beispiel, - finaler Rettungsschuß. Großer Lauschangriff und Vorbeugehaft sind vorgesehen.
Die Tendenz in der BRD ist - der totale Überwachungsstaat, sei es über Sozialversicherungsausweis, privatisierte Autobahnen oder anderes, real bedeutet das für die Menschen hier die totale Kontrolle, um jeglichen Widerstand gegen das kapitalistisch-imperialistische System, jeden Kampf um Selbstbestimmung im Keim zu ersticken.
Hanim Dener ist für uns ein Mensch aus dem Widerstand, der für seine Überzeugung ermordrt wurde.

DER KAMPF UM BEFREIUNG IST INTERNATIONAL!!!

Die Kugel hätte uns alle treffen können, die wir uns als Menschen im Widerstand begreifen...

... für Selbstbestimmung und Freiheit !

... gegen das patriarchale kapitalistisch-imperialistische System !

Wir müssen endlich begreifen, daß der Kampf der KurdInnen auch unser Kampf ist, daß die Repression gegen sie auch gegen uns zielt.

SOLIDARITÄT HEISST WIDERSTAND – KAMPF DEM FASCHISMUS IN JEDEM LAND!

Deshalb haben wir am Freitag, den 9.JUli die Bullenwache in Nürnberg-Langwasser angegriffen.

SOLIDARITÄT MIT DEM KURDISCHEN BEFREIUNGSKAMPF !

In diesen tagen ist der 21, Jahrestag der Verhaftung von Irmgard Moller, Gefangene aus der RAF. Sie ist seitdem unter extremsten Sonderhaftbedingungen im Knast. Irmgard muß sofort raus!!!
Liebe und Kraft und viele Grüße an Irmgard!
Und solidarische Grüße an die inhaftierten AntifaschistInnen in Berlin!

FASCHOAUTO DEMOLIERT

Wir haben in der Nacht zum 16.7.94 die Privatkarre (FIAT B-HW 1943) von OLIVER SCHWEIGERT Demoliert. Wir haben dabei die Scheiben eingeschlagen und bei den Reifen die Luft rausgelassen. Danach wollten wir die Karre noch anzünden, was aus verschiedenen Grunden leider nicht klappte.
O.S. ist ein Pressegeiler Fascho, der zwar nicht gerade schlau, jedoch bei vielen Sachen dabei ist.

KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN !

Einige volxsportbegeisterte SozialistInnen

Beitrag der Veranstaltung **"Berlin - Metropole des**

Widerstands oder der BonnerBonzenBullenBeamten?"

Die Berliner Eliten und ihre Experten treten vollmundig auf. "Berlin sollte das unbescheidene Ziel anstreben, modernste europäische Metropole zu werden." (Hunger) Auch das eigentlich genauer analysierende DIW kommt zu dem Schluß: "längerfristig ist die Entwicklung Berlins zu einer europäischen Dienstleistungsmetropole zu fördern". (SenW/T: "Auf dem Weg zur Wirtschaftsmetropole")Selbst Vergleiche zu New York, London und Paris und einem Aufstieg zur global city bleiben nicht aus.

Doch die hiesigen Eliten stehen nicht alleine da mit ihren Plänen, sondern versuchen sich in einer harten Standortkonkurrenz gegen andere Städte um die Gunst "mobiler und finanzstarker Einwohner - und Unternehmerschichten" (ebd) durchzusetzen. Dabei, das ist klar, kann Berlin kaum auf ausgeprägte Wirtschaftsstärke bauen. Im Gegenteil, seit 189/90 befindet sich Berlin im radikalen Umbruch der bisherigen Entwicklungswege. Die Zerschlagung der Industrie und Verwaltung in Ostberlin und auch das Ende der subventionierten Inselexistens im Westen kennzeichnen die Unattraktivität als Wirtschaftsstandort. Strukturelle Defizite bestehen in den fehlenden Unternehmenszentralen, der Dominanz standardisierter Massenproduktion (da wo überhaupt noch produziert wird), veralteter Technik, unattraktiver Produktpalette, schlechter Qualifikationsstruktur und mangelnden innovativen Forschungs- und Entwicklungsbereichen der regionalen Industrie... Die Gefahr der Entwicklung Berlins zu einem "wirtschaftlichen und sozialen Krisenherd" ist keine Erfindung von uns, sondern eine Einschätzung von anerkannten Wirtschaftsforschern. Vor diesem Hintergrund sind die Herrschenden gezwungen, völlig neue Wege zu gehen, um Unternehmen und vor allem ihre Zentralen in die Stadt zu locken. Die Zubereitung der Stadt für diese Investoren ist die Vorbedingung für ihre Umgestaltung.
Neben eher technischen Vorbereitungen, wie der Reetablierung Berlins als Verkehrsknotenpunkt (ICE, Magnetbahn, Großflughafen) sowie der Realisierung der Bauvorhaben von 12 Mio qm Bürofläche für potentielle Nutzer steht die Stärkung und Entwicklung der sogenannten Weichen Standortfaktoren im Mittelpunkt des derzeitigen Engagements von Stadtpoltik. Um die realen Verhältnisse zu kaschieren ist es wichtig, ein positives Bild von Berlin zu präsentieren. Alles in allem scheint die Entwicklung Berlins eine Frage des Images und der Vermarktung zu sein...

Die Stadt erscheint in diesem Zusammenhang als großes Unternehmen, an deren Image es zu feilen und es anzubieten gilt. Stadtplanung als Imageplanung, orientiert an den Interessen der umworbenen "Käufer", also der Entscheidungsträger und Manager großer Wirtschaftsunternehmen. Produktion von Image meint, die angebotene Stadt zum "besonderen Ort" werden zu lassen. Unter Schlagworten wie "neuer Urbanität" wird dabei vor allem Kulturpolitik zum Instrument ökonomischer Restrukturierungspolitik. Die schöne neue Stadt gibt sich urban, traditionsbewußt und innovativ.
Das Gesamtkunstwerk Stadt, an dessen Gestaltung die Bewohner keinen Anteil haben, zeichnet sich durch historisierende Fassade statt lebendiger Geschichte, ein gigantisches Kulturangebot statt Eigenkreativität und ein genormtes Lifestyle-Image aus. Lebensgefühl, Dazugehörigkeitsgefühl wird käuflich und dient sowohl den Selbstdarstellungs -, als auch den Kommunikations -und Zerstreuungsbedürfnissen der gehobenen Angestellten v.a. der Dienstleistungsunternehmen.

Am Beispiel Frankfurts/aM läßt sich zeigen, welche immense Bedeutung der Produktion von Image zukommen kann. In den späten 60ern mit einem Negativimage belastet (steigende Kriminalität, "Stadt des Lasters", Verödung der Innenstadt, hohe Wegzugsraten), gelang es dem neuen Magistrat unter CDU-Führung Ende der 70er eine "Wende" herbeizuführen, die maßgeblich von Imagearbeit gekennzeichnet war. Zunächst hieß es, eine Identifikationsstrategie für die Bewohner ins Leben zu rufen, die von Appellen an diffusen Gemeinschaftsgeist und Wir-Gefühl begleitet war. Parallel dazu wurden nach und nach konkrete Mitbestimmungsmöglichkeiten beschnitten. Wesentlicher Bestandteil der daraufhin postulierten Wende weg vom "nur Nützlichen" zum "Immateriellen" wurden vor allem die weichen Standortfaktoren wie Stadthistorie, -kultur und -ästhetik. Nach einer 1979/80 in Auftrag gegebenen Imageanalyse, die Aufschluß über die Wünsche der sogenannten "Neu-Frankfurter" geben sollte, wurde die Arbeit am Unternehmen Stadt, an der corporate identity zielstrebig in Angriff genommen. Es hatte sich gezeigt, daß vor allem das Fehlen zentraler Anziehungspunkte, eines historischen Stadtmittelpunktes und eines florierenden Kulturlebens bemängelt wurden. Die führenden Politiker der Stadt zogen dabei mit maßgeblichen Wirtschafts- und Finanzfunkionären an einem Strang. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Kopper, sagte z.B. "für uns ist es wichtig, im internationalen Vergleich den kulturellen und urbanen Hintergrund für unsere Beschäftigten zu bieten, um sie auch an den Bankplatz Frankfurt aM zu fesseln.

Zum ersten - Stadthistorie

Historienbeschwörung und Heimatwiederbelebung verfolgten das Ziel, Geschichte sinn- und identitätsstiftend anzubieten. Tradition und Moderne hieß es zu verbinden, Repräsentationsbühnen für den gehobenen Geschmack der Frankfurter Gesellschaft zu erbauen. Am deutlichsten gelang dies durch den Wiederaufbau der Alten Oper, der von einer Aktionsgemeinschaft gefördert wurde, hinter der maßgeblich die IHK stand. Mit dem jährlichen Opernball inszenierte die Stadt nun auch das große gesellschaftliche Ereignis für den Geldadel, gefördert wiederum von der genannten Aktionsgemeinschaft, aufpoliert mit Spenden wie z.B. für UNICEF
Das HistorienImage richtete sich natürlich auch an die Frankfurter Bevölkerung mit ihrer Sehnsucht nach bruchloser, freundlicher Geschichte und an die Unternehmer des Tourismus -und Gastronomiegewerbes, die HistorienImage im Herzen der Stadt gewinnbringend vermarkten können

zum zweiten - Stadtkultur

Kultur gilt als die Software der sonstigen Infrastruktur. Folgerichtig wurden aufsehenerregende Kulturbauten und Ausstellungen immer gut von Banken und Unternehmen gesponsert. Die Stadt stockte ihren Kulturetat innerhalb von 15 Jahren auf 600% auf und warb gezielt um Kulturindustrie, Medien und Werbewirtschaft. Das millionenschwere Kulturinvestitionsprogramm unter Federführung des liberalen Aushängeschilds eines schwarzen Magistrats (SPD-Kulturdezernent) stieß auf Akzeptanz bei allen Fraktionen. Versprach es doch auch "weltstädtisches Flair" und eine "aufregende Stadt". Kultur fungiert als Abfederung und Ergänzung des Ökonomischen, als Instrument der positiven Meinungspflege, der Befriedung und der Zerstreuung und liefert die Basis für die Kommunikationsbedürfnisse der gehobenen Schichten. "Kultur für alle" wird hier zu einer Fiktion, da sie als Emanzipations -und Befreiungsinstrument längst keine Chance mehr hat.

zum dritten - Stadtästhetik

Die prosperierende Metropole bedurfte darüberhinaus eines unverwechselbaren Markenzeichens, einer der angestrebten Weltstadt adäquaten Physiognomie. Die Stadt brauchte ein Gesicht, das sich an den Bedürfnissen der Management-Schichten orientierte; für Frankfurt als Bankmetropole stellte die Skyline das gewünschte optische Signal dar. Doch allein mit gigantischen, effekthaschenden Imagesymbolen wie z.B. auch dem Messeturm war es nicht getan: Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Frankfurter-Messe-und-Ausstellungs-GmbH, Stauber formulierte es im Messestrukturprogramm wie folgt: *"Dazu gehört die gesamte formalästhetische Aufmachung des Geländes, also neben den Banken auch die neugeschaffenen Baum- und Wasserflächen, Kunstwerke u.a. Die Messe kann nur communio economica sein, wenn sie auch communio humana ist Kurz, wir fühlen uns verpflichtet, auch im emotionalen Bereich um Marktanteile bei den Menschen zu kämpfen."* Unserer Meinung nach läßt sich dies vom "Unternehmen Messe" ohne weiteres unter den genannten Bedingungen auf das "Unternehmen Stadt" übertragen. Städte sollen Bildvorlagen, ein bestimmtes Ambiente liefern. Über entsprechende, gerade in Frankfurt forcierte, PR-Arbeit, soll Akzeptanz und Identität für ein städtisches Leitbild hergestellt werden.
Dabei feiert die bombastische Inszenierung der herrschenden Kultur das Bestehende. Sie ist genau der richtige ästhetische Ausdruck für ein Bewußtsein, das mit den Problemen von gestern nichts mehr zu tun haben will, das das ewige Schuldgefühl wegen noch vorhandener sozialer Ungleichheiten souverän abschüttelt und stattdessen mit gebauten Witzchen den urbanen Flaneur erheitert. Die neue Stadtkultur ist "Soziale Säuberung" und gleichsam ein Deckmantel der Spuren einer unschönen Vergangenheit

Zusammenfassend bedeutet das, "der Einsatz kultureller Mittel gehört zu einer neuen Form der Stadtplanung, die Wachstum nicht mehr nur kanalysiert, sondern initiieren soll und aktiv sozial-räumliche und kulturelle Umstrukturierungsprozesse in Gang setzt."
Die Negation der real existierenden sozialen Verhältnisse durch eine Ästhetisierung von Macht und Luxus, sowie eine "frei gestaltbare Urbanität" sollen zunehmend die Vorstellungen vom "wirklichen Bild" der Stadt bestimmen. Dabei ist eine mehrfache Selektivität der Kulturpolitik kennzeichnend.
1.) Der Einsatz von Mitteln zur Kulturförderung konzentriert sich auf einige ausgewählte aber zentrale Stadtteile, während in den peripheren Zonen der Stadt nicht viel vom Image der Kultur-, Kunst- oder sonstigen Metropole zu spüren ist.
2.) Dieses Verhältnis von Metropole und Provinz hat neben der räumlichen auch eine soziale Dimension, wird doch das gesponsorte Zentrum zum Leitbild und stärksten Ausdruck der kulturellen Hegemonie der neuen tertiärisierten und erfolgreichen Mittelklasse und Elite. Die klare Zielgruppe der kulturpolitischen Inszenierung weltstädtischer Urbanität sind "überregionale mobile, mit hohen Einkommen ausgestattete Personengruppen". Manager, mittlere und höhere DL-Angestellte, Touristen und Teile der international aktiven

Business-Elite sind die dominieren Nutzer innerstädtischer Kulturangebote.
3.) Um den spezifischen Konsumbedürfnissen auch gerecht zu werden, selektiert die Kulturförderung spezifische Bereiche des Angebots. Neben der Etablierung von außergewöhnlichen und spektakulären Kulturereignissen (besondere Ausstellungen, Aufführungen, Veranstalltungen...) muß auch den alltäglichen Reproduktionswünschen Rechnung getragen werden.

Kultur und Image dienen also dem Zweck, die Fiktion einer "urbanen Qualität" aufzubauen und eine Konstruktion von "Weltstadt" zu behaupten.
In diesem Zusammenhang werden auch alle nachholenden Rekonstruktionen der historischen Stadtgeschichte mit dem Anspruch auf Legitimität der angesagten Stadtentwürfe verbunden. Die angestrebte Umstrukturierung der Stadt - die einen völligen Bruch mit den bisherigen Entwicklungen bedeutet - soll somit als nahezu natürliche Entwicklungsphase der Stadtgeschichte erscheinen.

In Berlin existiert zur Zeit keine institutionell verankerte Marketingstrategie. FRAGEN NACH TRÄGERINSTITUTIONEN Gründe dafür liegen neben den heterogenen Interessen der einzelnen Fraktionen der Elite in der Situation der Stadt selbst. Weiche Standortfaktoren - die Pfunde also, mit denen Berlin wuchern will - wie zentrale geografische Lage, Forschungsstandort Berlin (mit Unis und Instituten), das "Tor zum Osten", die Drehscheibe Im Ost-West-Handel, landschaftliche Attraktivitäten im Umland... geben noch kein marktfähiges Bild ab. Einzig die ausgerufene "Kulturhauptstadt Berlin" kann zur Zeit imagefördernd dargestellt werden. (Reichstagverhüllung, Museen Theater)

Zwei zentrale Stränge in der Marketingstrategie sind unserer Meinung nach aber schon jetzt zu erkennen. Das ist zum einen der Versuch, eine "international zentrale Stellung Berlins im Herzen Europas" und einen Anspruch als einzig wahre deutsche Hauptstadt historisch-nationalistisch zu begründen. In dieser Ideologie steht Berlin für die Überwindung der Kleinstaaterei durch die preußisch-militaristische Reichseinigung, für den Gründerzeit-Boom und das Kaiserreich überhaupt; im Faschismus für den Widerstand des 20.Juli und nach dem Krieg für das Aushalten inmitten der "roten Flut". Bonn steht hier für die miefig-provinzielle Bundesrepublik, Berlin für einen Regierungssitz, der der neuen Rolle Deutschlands nach 1989 gerecht werden soll. Mit der historischen Kulisse im Stadtkern, die nun wieder als Ort der politischen Entscheidungsträger dienen soll, wird im Zuge des Regierungsumzuges "als die Vollendung der Einheit Deutschlands" an angeblich gewachsene und natürliche Funktionen Berlins angeknüpft. Bezeichnend dafür ist die Initiative zum Wiederaufbau des Stadtschlosses als Kulisse des "wahren Berlins" im Gegensatz zu den umzubauenden oder abzureißenden "Altlasten aus den Zeiten realsozialistischer Stadtbebauung", wie überhaupt die Ausradierung allen, was mit dem "Unglücksfall" DDR zu tun hat, einen festen Platz in der Geschichtsinterpretation der Westberliner Eliten hat.. Diese Imageproduktion zeichnet sich vor allem durch ihren historischen Relativismus aus, indem passfähige Teile aus der Geschichte betont werden und andere, für ein sauberes Nationalbewußtsein prekäre Phasen negiert, umbewertet oder entlastet werden. So ist zum Beispiel der Umgang mit der NS-Zeit zunehmend davon geprägt, angeblich adäquate Erscheinungen anderer Länder zu benennen (SU-Stalin, Yugoslawien-Bürgerkrieg) und - in einer Neuauflage von Totalitarismusansätzen aus den Zeiten des Kalten Krieges - diese ideologisch abzusichern. Beispiel dafür ist auch die vielzitierte Eröffnung der NeuenWache in ihrer opfersamen Aufhebung deutscher Täterschaft im Faschismus.

Neben dieser historisierenden Tendenz ist das gewünschte Bild des "neuen Berlin" vor allem von einer weltstädtischen, urbanen Lebensqualität bestimmt. Im Rückgriff auf den Mythos der "Goldenen Zwanziger" soll Berlin als Ort des "pulsierenden Lebens", als "weltoffene, kreative, kosmopolitische Metropole" präsentiert werden. Dieses ideologische Konstrukt findet seinen Ausdruck auch in der Protegierung alternativer Kulturprojekte (Tacheles/Volksbühne), die der Stadt darüberhinaus einen billigen Liberalitätsbonus verschaffen und durchaus in der Lage sind, kritische Intelligenz zu absorbieren.
Diese alternativen Kulturprojekte bilden gemeinsam mit einem vielfältigen Angebot von Kneipen und KLubs eine Ergänzung zu den teuren Passagen der City und den hochgelobten Orten ernster Kultur (Opernhäuser, Konzertsääle, Austellungen, Kunstauktionen...). Allen Lebensentwürfen der neuen erfolgreichen Elite muß Rechnung getragen werden.
Die sich neu entwickelnde metropolitane Kneipen-Szene in der Ostberliner Innenstadt hat Opposition oder Auseinandersetzung gar nicht mehr nötig. Zugehörigkeit zu ihr manifestiert sich durch bloße Anwesenheit, demonstrativen Konsum, ja selbst das am richtigen Ort getrunkene Bier. Die Klubs und Kneipen selbst sind es dann auch, die die Szene konstituieren und durch ihren Absatz deren Existenz sichern. Die prosperierende Szene gewinnt an Ausstrahlung und etabliert sich zunehmend mit kapitalintensiveren, weniger improviseierten und teureren Angeboten. Diese Kommerzialisierung folklorisiert die soziale Realität endgültig und stilisiert die Straße zur kunstvoll gestallteten Kulisse des Erlebnisraumes einer Nutzerschicht, deren Lebensentwürfe von Ungebundenheit, Dynamik, Individualismus und Erfolg auch in der Freizeit bedient werden wollen.
Das anvisierte Zielpublikum ist in wachsendem Maße die junge dynamische Mittelklasse der DL-Angestellten. Sie zeichnen sich im Arbeitsprozeß durch enorme zeitliche Flexibilität, Mobilität, der Fähigkeit zur spontanen Entscheidung und dem Vermögen im face to face Kontakt den diffusen und komplexen Informationsbedarf zu erhalten aus. Diese nervenraubende Berufsanforderungen finden ihre Entsprechung im Reproduktionsbereich. unverbindliche Kontakte, schnelle Bekanntschaften. Selbstbestätigung und Authenzität des Erlebten sind Voraussetzung für die Reproduktion ihrer Leistungsfähigkeit. Hier überschneiden sich alternatives Lebensgefühl und die Werte der Eliten nicht nur räumlich.

Fazit: Die Herstellung von "Berlin 2000" ist wesentlich auch eine Frage der Imageproduktion. Dabei geht es auch um Bilder und Visionen. In welchem Maße die linksradikale Szenen Berlins in der Lage ist, noch Gegenentwürfe zu leben oder schon Teil des "urbanen" mainstreams ist muß sich erst noch zeigen.

In der Nacht vom 22. zum 23.7.94 kam es in der Rigaer Str. zu einer heftigen Auseinandersetzung. Um einen angemessenen Umgang des Kiezes mit diesem und folgenden Vorfällen zu ermöglichen, einige Überlegungen zu der Auseinandersetzung:

Was ist passiert?



Nach allem, was wir wissen, ist folgendes geschehen:
Um ca. 24.00 Uhr wurden am Frankfurter Tor 4 MigrantInnen von ca. 12 Skins rassistisch angemacht. Kurze Zeit später wurden einige dieser Glatzen am Bersarinplatz mit einer Flasche beworfen und von einigen Leuten aus dem Kiez zur Rede gestellt. Nach einer längeren, erregten Diskussion beruhigte sich die Situation, die Skins verschwanden.
Um ca. 2.00 Uhr kamen etwa 30 - 40 besoffene Skins und Punks gröhlend vom Life-Club die Liebigstr. herunter (einige Leute haben dabei "Sieg Heil"-Rufe gehört) und bogen in die Rigaer Str. ein. Vor dem Filmriß pöbelten sie Gäste an, woraufhin eine Schlägerei losging. Im Laufe der Auseinandersetzung flogen Steine, Flaschen und Pyros - es kam zu Glasbruch. Nach ca. 20 min. trafen Bullen und Krankenwagen ein. Es kam unseres Wissens zu keinen Festnahmen (wenn anderes bekannt ist, beim EA melden), obwohl die Bullen sofort auf die AntifaschistInnen losgingen. In Folge der Auseinandersetzung wurden mehrere Leute verletzt, einer der Angreifer wurde (vermutlich bewußtlos) ins Krankenhaus gebracht.
Unter den Angreifern wurden mehrere sog. "unpolitische" Skins aus dem Prenzelberg erkannt, die in den letzten Jahren schon öfters im Kiez für Streß gesorgt hatten.
Seltsam an der gesamten Situation war:
- daß einige Leute während und nach der zweiten Auseinandersetzung (als also vollkommen klar war, daß es um einen Angriff geht) noch unbedingt mit den Angreifern diskutieren mußten und damit ein gemeinsames Vorgehen behinderten.
- daß ein Mensch Teile der Auseinandersetzung abgefilmt hat (kennt den wer?)
- daß einige Leute, die niemand kannte, auffällig unauffällig in "unseren " Reihen herumstanden
- daß sofort wilde Spekulationen einsetzten, wer wann was gemacht hat und auch mit Namen nicht gespart wurde.

Worüber es lohnt, sich wieder ein paar Gedanken zu machen:

Hier geht es nicht um die Frage, wie und ab wann wir gegen Leute vorgehen, die uns bedrohen, im Kiez Ärger provozieren oder ähnliches.
Dieser Teil richtet sich an diejenigen, die es klar haben, sich ab einem bestimmten Punkt offensiv zu wehren und gegen Bedrohung vorzugehen.



Worauf du achten solltest:

Im Vorfeld:

* Setze dich immer wieder mit Leuten aus deinem Umfeld darüber auseinander, in welcher Dimension du dich an Auseinandersetzungen beteiligen kannst/willst.
* Traue dich, deine Grenzen offen zu legen, damit unsere Stärke realistisch eingeschätzt werden kann. Verbalradikalismus hilft wenig weiter und täuscht nur.
* Suche dir vor einer Auseinandersetzung immer Leute, auf die du dich beziehen kannst, die dir eine echte Sicherheit vermitteln. Vereinbart Treffpunkte von wo aus ihr losgeht.
* Achte auch auf Leute, die alleine sind. (Gefahr, daß sie zurückbleiben/Zivis?...)
* Deine "Waffen" und andere Gegenstände (Verbandszeug.....) sollen IMMER griffbereit sein. Eine Bewaffnung auf die Schnelle (z.B. brüchige Besenstiele, Eisenstangen, keine Vermummung...) kann uns selbst gefährden. Äxte, Stichwaffen müssen zu Hause bleiben. Dagegen scheint manchmal ein Helm gegen Steinwürfe ratsam zu sein.
* Alarmiert den Kiez, euer Haus.
* Bevor du rausgehst, sag im Haus oder FreundInnen Bescheid. Denk daran, daß dein Haus nicht ungeschützt zurückbleibt und du dich dahin zurückziehen kannst.

In einer Auseinandersetzung:

* Orientiere dich an Leuten, die du kennst und die die bisherige Entwicklung mitbekommen haben.
* Stürme nicht wahllos nach vorne, steh aber auch nicht allzu lange wild diskutierend hinten rum. Versuch mit anderen, entschlossen und entschieden vorzugehen. Warte eher ab, bis wir genügend Leute sind und die Bewaffnung stimmt (als Wurfmaterial sollten mehr als eine Flasche oder drei Steine vorhanden sein) - Denkt auch an die Gefahr von Steinwürfen-.



* Mach nicht dein eigenes Ding, draufhauen und ab nach hinten darf es nicht geben. Kündige deinen Rückzug an und achte darauf, daß alle mit zurückkommen KÖNNEN.
* Nutze die Breite der Straße, steh nicht im Pulk rum. Schrei Parolen , aber bleib auf dem Teppich.
* Achte auf die häufig vorbeischauenden Bullen. Derzeit scheint Konsens zu sein: Wenn Bullen auftauchen, ziehen wir uns zurück.



*Behalte den Rückweg im Blick, sag laut Bescheid, wenn die Bullen hinter uns dicht machen
* Generell müssen gerufene Informationen PRÄZISER sein z.B. wer (in welcher Stärke) steht wo (Straße, Hausnummer)

Und danach:

* Sammelt Euch wieder mit den Leuten, mit denen ihr losgegangen seid. Bleibt möglichst zusammen, geht zusammen zurück. Klärt sofort ab, ob Leute verhaftet worden sind (Meldung an den EA, Gedächtnisprotokoll). Redet darüber, wie es allen geht, gibt es Verletzungen etc.
* Kommen alle mit der erlebten Situation zurecht? Aufmunternde Worte sind oft wichtiger als sich Heldengeschichten zu erzählen.

* Unterbindet jegliche Fragereien und Spekulationen, die uns gefährden können (wie z.B. warst du auch vorne mit dabei?...). Spekuliert nicht über den Hergang der Aktion und wer was gemacht hat. KEIN TRATSCH UND KLATSCH!!!!!!
*Überlegt euch bewußt, warum ihr nach dem Geschehen noch auf der Straße rumstehen müßt und euch nicht nach Hause zurückzieht, denn es ist nie klar, wer alles unbekannterweise unter uns rumsteht und sich in den Austausch von Informationen einklinkt. Zudem könnten die Bullen doch noch ein Interesse an Leuten auf der Straße entwickeln. (Nachträgliche Verhaftung.)
* Klärt einen neuen Treffpunkt zur Nachbereitung der Aktion ab
*Wenn ihr über die Aktion redet, dann nur mit Menschen, die ihr kennt. Einzelheiten interessieren nur die Leute, die auch dabei waren.
*Beachtet dabei, daß ihr nur an solchen Orten redet, wo ihr unter euch seid.
* Kritik üben ist absolut notwendig und sollte auch passieren.

Sollten sich im Nachhinein die Bullen für das Geschehen interessieren:

* In letzter Zeit haben schon öfter Zivi-Bullen Leute aus den Häusern angequatscht, um Infos zu kriegen. Redet nicht mit Bullen!!!! Gebt keine Informationen an Leute, die ihr nicht kennt.

KEINE AUSSAGEN VOR BULLEN UND JUSTIZ!!!!! (Lest euch das EA-Flugi nochmal durch!!!!)

Und wenn das Geschriebene schon hundertmal gesagt wurde, überlegt euch mal ganz genau, ob ihr auch jederzeit danach handelt!

Noch ein Nachsatz:
In unserem Kiez leben viele Glatzen. Denkt bei euerm Handeln daran, daß Skinhead nicht gleich Fascho ist. Es kann und darf nicht darum gehen, wahllos Menschen aufgrund einer äußeren Schublade zusammenzuschlagen!!!!

"Party-Mob und Wessi-Terror" im Prenzelberg!!

Eine Antwort auf den Beitrag der autonomen PrenzelbergerInnen!

**Euren Artikel "Bleibt drüben" (Interim Nr.293/30.6.94) fand ich ganz schön hart an der Grenze...
Ihr beklagt darin die Auswirkungen der schleichenden Umstrukturierung, die in Berlin-Mitte und Prenzlauer Berg stattfindet. Dabei macht Ihr diejenigen für diese Umstrukturierung verantwortlich, die abends die Kulturszene konsumieren: vorallem "linksalternative, junge Wessis". Diese Sichtweise habe ich schon öfters in der Szene mitbekommen.
Ich finde Eure Sichtweise eingeengt, wenn nicht problematisch. Deshalb will ich mich dazu äußern. Ich beziehe mich aber nur auf die Situation im Prenzelberg, da die Auswirkungen in Berlin-Mitte sich davon deutlich unterscheiden. Hier steht mehr der Hauptstadt-Wahn und die zentrale Lage im Vordergrund. Nicht zuletzt deshalb ist das Kapital daran interessiert, dieses Viertel umzustrukturieren. Im Falle der Umstrukturierung des Prenzelberges geht es mehr um den alten Ruf des Szeneviertels.**

Die Logik, die Eurem Artikel zu Grund liegt, klingt folgendermaßen: die (vorallem linksalternativen, jungen) Wessis sind schuld daran, daß "Euer" Kiez zerstört wird. Anstatt "Euren" Kiez zu "zerstören" sollten sie sich in diesem Sinne lieber um ihren eigenen kümmern.
Dabei setzt ihr voraus, daß die Leute, die ihr für *linksalternativ* haltet, ein entsprechendes Bewußtsein haben. Euer Vorwurf, daß diese nicht die Umstrukturierung in "ihren" Stadtteilen bekämpfen oder sogar verhindern (!!) würden, unterstreicht dies. Wie "angestammt" muß denn wer sein, um seinen/ihren Kaffee am Kollwitzplatz schlürfen zu dürfen? Braucht derjenige/diejenige einen alten DDR-Paß, um nicht als "KiezzerstörerIn" geoutet zu werden? Führt Ihr einen Kampf um Eure Privilegien als autonome PrenzelbergerInnen?
Ihr baut ein Feindbild auf, gegen das es sich wohl zugunsten der trauten Kiezidylle zu kämpfen lohnt. Die NutznießerInnen der Umstrukturierung (SpekulantInnen, KneipenkettenbesitzerInnen, etc.) sind für Euch anscheinend nicht zu fassen. Von den Faschos, die inzwischen das Straßenbild im Prenzelberg mitprägen ist in Eurem Artikel auch keine Rede.
Würde ich Euch böses unterstellen, so würde ich Eure Argumentation mit der von den Rechten vergleichen: "Die »Ausländer« sind daran schuld, daß wir hier in unserem Kiez keine Wohnung/Arbeit finden". Ich hoffe, daß Ihr das nicht in diesem Sinne meint.
Es geht mir hier um eine solidarische Kritik. Die richtet sich vorallem gegen Ausgrenzung und Sektiererei.
Ihr stellt in Eurem Artikel die "Ossis" gegen die "Wessis".

Ich finde es ja wichtig, sich seiner BRD bzw. DDR-Vergangenheit und Sozialisation bewußt zu sein. Viele Unterschiedlichkeiten, die wir aus dem Westen mit Euch aus dem Osten im Umgang miteinander haben, gründen sich auf der jeweiligen Vergangenheit. In dieser Hinsicht können wir voneinander lernen. Jedoch unterscheidet mich mehr von z.B. einem rechten "Wessi", als von einem linken "Ossi". Das, was mich mit letzterem verbindet, sind hoffentlich die selben Utopien.
Die heutige Situation im Osten gleicht sich immer mehr der im Westen an. Auch die Konsumgeilheit, die Deutschtümelei und der Sexismus haben sich hüben wie drüben verstärkt. Es wäre gelogen, wenn es dies auch nicht schon in der DDR gegeben hätte. Eben nur in anderer Ausformung.

Das Problem, mit unterschiedlichen Menschen aus verschiedenen Kulturen klar zu kommen, werden wir immer haben, solange wir bereit sind, unsere Privilegien in Frage zu stellen oder abzutreten. Das heißt auch, unsere Privilegien als Männer, als Weiße, als BRD-PaßbesitzerInnen, etc. In Eurem Fall handelt es sich um das Privileg, in einem relativ schönen Viertel zu wohnen und noch (im Gegensatz zum Westen) erschwingliche Mieten zu bezahlen. Gegenüber Leuten, die in Scheiß-Gegenden wohnen, sich keine hohen Mieten im Westen mehr leisten können und auch wenig Möglichkeiten des sozialen Anschlusses in ihrem Stadtteil haben, besitzt Ihr Privilegien. Müssen diejenigen, die sich von der Kiezkultur im Prenzelberg angezogen fühlen bestimmte "heimische" Kriterien erfüllen, damit sie von Euch nicht sektiert werden?
Aber dieser Punkt des Sektierens ist immernoch in den Köpfen vieler verkrustet. Menschen, die wir erreichen wollen, dürfen demnach nur welche sein, die ein szenegerechtes oder "proletarisches" Outfit haben, deren Einkommen unter dem Sozialhilfesatz liegt und "angestammt" sind. Studies, Normalos, Zugereiste und schicker Gekleidete (es müssen noch nicht mal Yuppies sein) sind eh tabu ("Partymob"). Doch komischerweise finden sich gerade in der autonomen Szene jede Menge solcher Leute wieder, die eine ähnliche Vergangenheit oder Lebenssituation haben.

Der "linksalternative junge Wessi", fühlt sich wohl von der Art Subkultur im Prenzlauer Berg wohl angezogen, weil sie als links eingestuft wird. Das ist das Bedürfnis nach einer "andersartigen" Kultur, die Anziehungskraft ausübt und fasziniert. Die Schattenseite daran ist, daß dieses ein willkommener Anlaß zur Umstrukturierung des Kiezes ist. Jedoch sehe ich das Bedürfnis nach Subkultur nicht als einzige Ursache dafür.

Umstrukturierungen sind Auswirkungen des Marktes und seiner Eigengesetzlichkeiten. In der Regel haben wir als KäuferInnen wenig Einfluß auf den Ablauf der Umstrukturierung. Unser Einfluß macht sich höchsten durch unsere Kaufkraft geltend. In dieser Hinsicht habt Ihr sicherlich recht, daß eine erhöhte Nachfrage (die wachsende Zahl an "KulturkonsumentInnen") das Angebot ("Aufwertung" des Kiezes im Sinne des Kapitals) bestimmt. Doch liegt es bezüglich der Prenzelberger Umstrukturierung nicht nur daran. Deren Vorgeschichte hat eine zentralere Bedeutung als dieser Zusammenhang.
Eine Vielzahl der Kneipen hat sich dort angesiedelt, weil der Prenzelberg noch aus DDR-Zeiten den Ruf des linken KünstlerInnenviertels hat. Ebenso hat sich Kiezkultur wie einst in Schöneberg oder teilweise immernoch in Kreuzberg, aus sozialen Kämpfen heraus entwickelt. Sie ist meist das Produkt des Zeitgeistes, als die Bewegung in Bewegung war. An dem Punkt, wo die Bewegung (im sprichwörtlichen Sinn) ausbleibt, stirbt diese Kultur ab, und kommerzialisiert sich um so mehr. Aber solange noch der Ruf des linken Viertels bleibt, ist es noch möglich, Anknüpfungspunkte zu den "KiezkulturkonsumentInnen" zu finden. Solange es diese Anknüpfungspunkte noch gibt, ist nicht alles verloren. Es besteht die Möglichkeit, daß sich mehr Menschen für unsere Form von Subkultur interessieren und wir uns gegenseitig Anstöße geben können. Der Umstrukturierung in den Kiezen können wir nicht damit begegnen, daß wir die Mauern in unseren Köpfen verfestigen, sondern, daß wir versuchen, eine andere Art von Kultur auszuprobieren. Einen guten Ansatz finde ich z.B. den libertären Jahrmarkt am Senefelder Platz, der politische Inhalte in den Kiez hineinträgt. Hängt nur davon ab, ob wir es hier schaffen, gegenüber den "linksalternativen jungen Wessis" und anderen Interessierten aufgeschlossen zu sein. In dieser Hinsicht müssen wir noch viel lernen.
So fraglich die autonome Subkultur sich an vielen Stellen darstellt, so wichtig ist sie, um einen gemeinsamen Widerstand zu formieren. Ihr Dilemma ist eben, sich einerseits nicht vermarkten lassen zu wollen, andererseits zu einem selbstgewählten Ghetto zu werden.

Widerstand ist bunt und vielfältig!!!



Berlin, 22.7.94 El Loco-Der Spinner

Presseerklärung der KPD/RZ zu den gewalttätigen Ausschreitungen während der Demonstration am 16.7.94 in Göttingen

Gewalt ist auch Gewalt

Wir sind Demokraten. Als unsere Organisation von den Hausdurchsuchungen der Staatsanwaltschaft und der darauf folgenden Demonstration erfuhr, entschied die Parteiführung der KPD/RZ (Kreuzberger Patriotische Demokraten/Realistisches Zentrum), neutrale Beobachter nach Göttingen zu schicken, damit die rechtsstaatlich einwandfreie Durchführung dieser Demonstration gewährleistet ist. Von den Ereignissen vor dem Amtsgericht waren selbst unsere Beobachter, die in Berlin schon viel schlimmere Dinge zu sehen bekamen, auf das Äußerste schockiert und verunsichert. Es ist eine Schande für den Rechtsstaat, daß deutsche Polizisten sich von Demonstranten als Mörder und Faschisten beschimpfen lassen mußten. Aber es kam noch schlimmer, und das irritierte unsere Beobachter am meisten: Diese Polizisten, deren Aufgabe es ist, Staatseigentum zu schützen, konnten den massiv vorgetragenen Argumenten des vermummten haßerfüllten sogenannten "Schwarzen Block" nichts entgegensetzen. Und das, wo der deutsche Polizist eine überwältigende Grundausstattung an Argumenten bei sich trägt und diese im Rahmen des Rechtsstaates auch einzusetzen weiß. Dies bewiesen ganz klar die Polizeieinsätze in Bad Kleinen und in Hannover.

In der Hauptstadt Berlin rotten sich jedes Jahr pünktlich zum 1. Mai Tausende auswärtiger, entfesselter Gewalttäter zusammen, um stundenlang ganze Straßenzüge unsicher zu machen. Eigentum und Gesundheit der Einheimischen gelten ihnen nichts. Um diesem staatsfeindlichen Verhalten etwas entgegen zu setzen, rief unsere Partei zum diesjährigen 1. Mai alle Bürgerinnen und Bürger Kreuzbergs zu einer Massendemonstration "Gegen nächtliche Ruhestörung – Gegen sinnlose Gewalt!" auf. Mit überwältigendem Erfolg!

Deshalb appellieren wir als KPD/RZ an alle vernünftigen Bürgerinnen und Bürger Göttingens, der sinnlosen Gewalt auch hier ein Ende zu setzen. Die KPD/RZ begrüßt die Einsicht der Abgeordneten Hulle Hartwig, nicht mehr an Demonstrationen der linksradikalen Tarnorganisation Autonome Antifa (M) (AAmAABO) teilzunehmen. Hulle Hartwig **muß** Vorbild für alle Göttinger Bürgerinnen und Bürger sein, denn der Esel geht **vor** der Demonstration und nicht mittendrin oder gar hinterher.
Sowas tut man nicht.

Mit demokratischen Grüßen aus der deutschen Hauptstadt
Kreuzberger Patriotische Demokraten/Realistisches Zentrum (KPD/RZ)

STILL BLACK - STILL STRONG:

Survivors of the War against Black Revolutionaries: Interviews mit Dhoruba Bin Wahad, Mumia Abu Jamal und Assata Shakur in <u>englischer Sprache</u>, Semiotext(e), New York 1993, 272 S., 15,- DM (zuzüglich Porto/Versand: bis 3 Ex.: 3,- DM, bis 10 Ex.: 4,- DM), nur Vorkasse (kl. Briefmarken/ Verrechnungsscheck).

Bestelladresse: AK politische Gefangene international, c/o Infoladen Köln, Ludolf-Camphausen-Str.36, 50672 Köln.

hallo,
in der Interim 291 erschien eine Filmanzeige des Kinos STATTKINO (17.6): Polizeidokumentation Mainzer Straße und Sag niemals nie. an diesen zwei filmen wären wir brennend interessiert. wie kommen wir an diese filme? könnt ihr uns da weiterhelfen? (eventuell als teil einer infoveranstaltung)

Infocafe
Kasama
Klingenstr. 23
8004 <u>Zürich</u>

oder

Läsothek
Geratewohl
Postfach 3369
8031 <u>Zürich</u>

DRINGEND!!! 7.10.93 Räumung der Wagenburg im Engelbecken. Zwischen 10 und 11 Uhr Waldemarstraße Ecke Leuschnerdamm: mehrere Festnahmen darunter ein junger Mann, ca. [illegible], kurzes leichtgelocktes hellbraunes Haar, schwarze Hose und Kapuzenpulli danach Bullenprügeleien. Wer hat etwas gesehen? Bitte unbedingt beim Ermittlungsausschuß melden: 692 22 22

Dritter Rundbrief zur zerschlagenen Newroz-Feier in Augsburg am 19.03.94

Nachdem seit unserem letzten Rundbrief längere Zeit vergangen ist, wollen wir hier kurz beschreiben, was sich bis jetzt ereignet hat.
Unserer Meinung nach hat sich die Lage keineswegs entspannt. Mittlerweile sind weitere kurdische Menschen aus ihrer Wohnung heraus oder von ihrem Arbeitsplatz weg festgenommen und/oder verhaftet worden. Alle Personen, deren Personalien am 19.03.94 festgestellt worden sind oder die im Nachhinein erkannt worden sein sollen, werden nach und nach von der Polizei vorgeladen. Laut Aussagen des bayer. Innenministers Beckstein gegenüber der Presse laufen momentan in diesem Zusammenhang über 800 Ermittlungsverfahren, die bis zum Ende des Jahres auf 1000 gesteigert werden sollen. Davon sind inzwischen nicht mehr "nur" kurdische Menschen betroffen, sondern auch deutsche UnterstützerInnen, die wegen Nötigung und Landfriedensbruch bereits von der Polizei vorgeladen wurden. Zur Zeit befinden sich unseres Wissens 13 Kurden und 1 Türke, die im Zusammenhang mit der verbotenen Newroz-Feier verhaftet wurden in Bayern in Haft (davon sitzt einer in Abschiebehaft, einer bereits in Strafhaft und 12 in U-Haft). Zwei Verfahren wurden eingestellt und mehrere Strafbefehle sind schon ergangen. In allen Fällen, in denen bisher die Anklage vorliegt, lauten die Vorwürfe Nötigung und schwerer Landfriedensbruch. Sie reichen aber auch über "Raub einer Dienstwaffe" und "Gemeinschaftlich begangener schwerer Körperverletzung" bis hin zu "Versuchtem Mord". Die Beweislage ist in allen Fällen mehr als dünn, was auch wenig verwundert, weil die meisten "Taten" einfach so nicht stattgefunden haben.
Dennoch ist von einem absoluten Verurteilungswillen der bayer. Justiz auszugehen. Diese Linie manifestiert sich schon in der Behinderung der Arbeit der AnwältInnen: Akteneinsichten werden zu spät gewährt, Prozeßtermine äußerst kurzfristig anberaumt usw. Diese Verfahrensweise bestätigt sich auch in den beiden ersten Urteilen.
Die Medien-und PolitikerInnenhetze ermöglichte, daß sich Polizei und Justiz schon nicht mehr die Mühe machen müssen, Konstrukte zu bilden, um Leute aburteilen zu können. Die Anklageschriften sind nicht nur schlampig erstellt, sondern strotzen auch vor sachlichen Fehlern. Dabei werden Orte und Zeiten von angeblichen Aktionen nicht nur vertauscht, sondern auch beliebig eingesetzt.
Beide Verhandlungen waren auf einen halben Tag angesetzt. Beim 1. Prozeß wurde dies auch durchgezogen. Obwohl der festnehmende B. zum Entlastungszeugen wurde, kein belastendes Film-und Fotomaterial vorlag und sonst keinerlei belastende Aussagen gemacht wurden, forderte der Staatsanwalt 2 ½ Jahre Haft für Nötigung und schweren Landfriedensbruch. Der Rechtsanwalt forderte dagegen Freispruch; der Richter verurteilte den Kurden aber zu 1 Jahr auf Bewährung. Zur Zeit sitzt er in Abschiebehaft.
Beim 2. Prozeß ging die Strategie jedoch nicht auf. Die als "Betongabi" allseits beliebte Richterin Holzer machte durch eine haarsträubende Ansammlung von Verfahrensfehlern, ihre eigene vollmundige Ankündigung, den Prozeß innerhalb eines halben Tages beendet zu haben, zunichte. Nach drei Verhandlungstagen wurde das, nach unserer Meinnung schon vorher feststehende, Urteil verkündet. Der Staatsanwalt forderte für Nötigung, schweren Landfriedensbruch und Verstoß gegen das Waffengesetz 3 ½ Jahre Haft, der Rechtsanwalt plädierte auf Freispruch und Haftentschädigung. Der angeklagte Kurde wurde zu 3 Jahren Haft verurteilt. Bei der Urteilsbegründung fielen Aussagen wie: "Deutsche Polizisten dürfen nicht zu Fußabstreifern werden." oder "Die Kurden haben hier einen Krieg angezettelt." (Falls ihr mehr zu den Prozessen wissen wollt, könnt ihr bei uns die Prozeßprotokolle anfordern.)
Einen Tag nach dieser Urteilsverkündung, am 12.07.94, traten 9 der in Augsburg Einsitzenden in einen auf eine Woche befristeten **HUNGERSTREIK**. Leider liegt die Erklärung der Gefangenen zum Hungerstreik bisher nur in kurdischer Sprache vor, aber sobald wir eine Übersetzung bekommen, werden wir sie veröffentlichen.
Soweit wir informiert sind, werden sich die Prozesse bis September/Oktober noch hinziehen und in der begonnen Art und Weise fortgesetzt werden. Inwieweit die bayer. Justiz plant, die 800-1000 Ermittlungsverfahren in Prozesse umzuwandeln, können wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschätzen. Klar ist jedoch, daß gegen alle KurdInnen, die im Zusammenhang mit der verbotenen Newroz-Feier verhaftet wurden, Ausweisungsbescheide ergangen sind. Bisher wurde kein einziger zurückgenommen, auch nicht in denjenigen Fällen, in denen die Verfahren eingestellt worden sind. Zur Zeit laufen dagegen noch Klagen vor den Verwaltungsgerichten; bisher wurde aber noch niemand abgeschoben. Wir denken aber, daß beim bayer. Innenministerium, sprich bei Beckstein, nach wie vor von einem absoluten Willen zur Abschiebung auszugehen ist.
Eigentlich hatten wir für diesen 3. Rundbrief eine politische Einschätzung geplant, aber die mit den Verfahren zusammenhängende Arbeit, hinderte uns bis heute daran, unsere Auseinandersetzung kontinuierlich fortzusetzen, unsere Ergebnisse zu formulieren und zu veröffentlichen.
An dieser Stelle wollten wir ursprünglich die Erklärung zum Hungerstreik und die Forderung der kurdischen Gefangenen veröffentlichen, was aus o.g. Gründen leider nicht möglich war.

13. Juli 1994

Ermittlungsausschuß Augsburg

c/o Verein z. Förd. d. Gegenkultur e. V.
Ravenspurgerstr. 41
86150 Augsburg
Tel.: 0821/544663

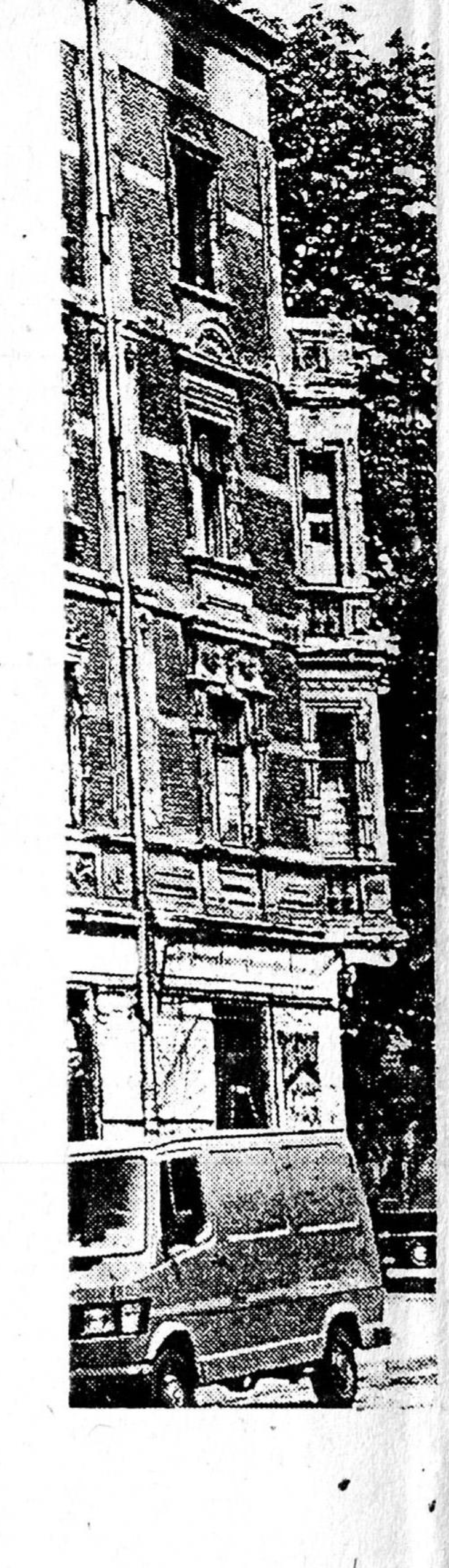
P.S.: Wir bitten um Spenden für die verhafteten KurdInnen!
Spendenkonto Stichwort "Newroz" (Unbedingt angeben!)
Kontoinhaber: R. Cronauer
Kreditinsituts: Landesgirokasse Stuttgart
Bankleitzahl: 60050101
Kontonummer: 7813003596

Die Prozeßprotokolle könnt ihr bei uns gegen einen frankierten Rückumschlag und eine Spende anfordern.

Außerdem gibt es auch noch unseren erweiterten Pressespiegel für 15 Mark.

Ansonsten wären wir für jegliche finanzielle - in bar oder in Briefmarken - Unterstützung überaus dankbar.

Presseerklärung einiger BewohnerInnen der P-88 und einzelner aus dem EISENBAHNER-Kollektiv zum Angriff der Bullen in der Nacht vom Sa. den 16.7. zum So. den 17.7.94 !!!



In der Nacht vom Sa.16.7./So.17.7.94 fand erneut ein Angriff der Bullen auf ein noch besetztes Haus im Ostteil Berlins statt. Tatort wurde wieder einmal die Pfarrstr.88 in Berlin-Lichtenberg. Um ca.2:30 Uhr, lange nach Beendigung eines Punkkonzerts mit ausländischen Gruppen, erschien eine Hundertschaft Bullen vor dem im EG befindlichen, besetzten EISENBAHNER. Sie brachen die Eingangstur auf, wozu sie mehr als eine halbe Stunde mit einem Rammbock dagegen schlugen, bis die Tür endlich nachgab. Zu diesem Zeitpunkt hatten Alle die Räumlichkeiten im EG verlassen, die Musik war aus, und das Licht ebenfalls ausgeschaltet. Die Bullen zerstörten Mobiliar und Diverses, wie über 20 CDs, Musikkassetten und Fenster. Sie hinterliessen einen wahren Trümmerhaufen. Das benutzte PA-System wurde beschlagnahmt ohne ein Beschlagnahmungsprotokoll zu hinterlassen. Passanten auf der Strasse wurde erzählt, dies sei ein Aktion gegen nächtliche Ruhestörung. Mit uns BewohnerInnen und den Leuten vom EISENBAHNER-Kollektiv versuchten sie in keinster Weise in Kontakt zu treten um die Ursache ihres Erscheinens mitzuteilen.

Zur Vorgeschichte des Hauses Pfarrstrasse 88

Das Haus P-88 wurde noch zu DDR-Zeiten entmietet (ebenso der Rest der Strasse) um eine dringend notwendige Instandsetzung durchzuführen. Dazu fehlte dann allerdings das notwendige Geld und das Haus blieb leer und unbewohnt. Im Juni 1990 wurde es besetzt und eine Bar im EG eröffnet, hin und wieder unkommerzielle Konzerte organisiert und Reparaturen am Haus durchgeführt. Auseinandersetzungen mit Nazis prägten die erste Zeit. Die Bullen erschienen meist nur, um sie zu beschützen und ließen uns ansonsten in Ruhe. Der EISENBAHNER im EG existiert schon seit mindestens 80 Jahren und wird in verschiedenen Büchern, welche die Vorkriegsgeschichte behandeln, erwähnt. Dies auch der Grund weshalb er noch heute so heißt. Seit ca. einem Jahr arbeitet eine unabhängige, selbstbestimmte Gruppe verschiedenstlicher Menschen im EISENBAHNER um ein unabhängiges, unkommerzielles Kultur- und Jugendzentrum aufzubauen. Die Aktivitäten bestehen im Moment hauptsächlich aus unkommerziellen, ehrenamtlichen Musikveranstaltungen und Cafe-Betrieb. Des öfteren arbeiten wir jedoch auch mit Gruppen zusammen, die Räumlichkeiten für Konzerte, Partys, Soli-Veranstaltungen usw. suchen. So auch das Punkkonzert am Sa. 16.7.94

Zur Vorgeschichte des Bullenangriffs und zum Artikel "Beihnahe-Straßenschlact" in der taz vom Mo. 18. Juli und zum Artikel "Kleinod Lichtenbergs bleibt Erhalten" im Tagesspiegel vom 19. Juli



Samstag Nacht fand parallel zum Punkkonzert im EISENBAHNER ein Hoffest in der Pfarrstr.107 und Pfarrstr.108 statt, auf welchem mehrere Bänds ein Konzert gaben. Hier erschienen die Bullen um ca. 20:30 Uhr zum ersten Mal und forderten das Konzert abzubrechen. Um ca.23:00 Uhr stürmten sie den Hof und beschlagnahmten die HiFi-Anlage. Dann um ca. 2:00 Uhr fuhren sie das erste Mal bei Uns vor, stiegen aber nicht aus und fuhren wieder weg.Das Konzert war schon lange zu Ende und nur ein paar Menschen befanden sich noch vor dem EISENBAHNER. Ca. 10 Min. später fuhren sie wieder vor, sprangen aus ihren Wannen und rannten auf die Tür des EISENBAHNER zu, die schon verschlossen war, und zogen wieder ab. Einige Minuten später ereignete sich dann der oben beschriebene Einbruch in die verschlossenen Räumlichkeiten. Von den Ruhestörungen, die uns, in den Artikeln der taz und Tagesspiegel vorgeworfen werden, kann keine Rede sein. Unser Haus hat (außer der Pfarrstr.90, besetzt!) keine direkten NachbarInnen und wird zum Wohngebiet "Frankfurter Allee Süd" durch hohe Bahndämme abgeschirmt! Auch gab es noch nie AnwohnerInnen-Beschwerden wegen Ruhestörung betreffs des EISENBAHNER's oder der P-88. Außer ein einziges mal, als sich kurzfristig ein Übungsraum im 1.OG befand und der Sound über die Bahndämme flog, beschwerten sich AnwohnerInnen. Daraus ist klar ersichtlich das keine Ruhestörungsbeschwerden am 16.7. vorlagen. Auf jeden Fall nicht gegen die P-88 oder den EISENBAHNER !!!





Zum Vorwurf des Tagesspiegel die Verwahrlosung unseres Hauses betreffend, kann nur gesagt werden, daß dies eine riesige Unverschämtheit ist und dem journalistischem Niveau dieser Kriecherzeitung entspricht!. Mit dieser Art von Berichterstattung versucht der Tagesspiegel, einen Keil zwischen uns HausbesetzerInnen und den anderen BewohnerInnen der Victoriastadt zu schieben. Wohlbekannt von einem CDU-MdA, welcher vor einiger Zeit dasselbe versuchte, indem er einen Brief im Namen der Kleingewerbetreibenden der Victoriastadt verfasste. In jenem Brief warfen uns die Gewerbetreibenden der Victoriastadt vor, ihre Kundschaft aus dem für sie lebensnotwendigem, wirtschaftlichen Hinterland Frankfurter Allee Süd am freien Zugang in die Victoriastadt zu hindern. Begründung war ebenfalls die Verwahrlosung der besetzten Häuser, die Krimminalität der BesetzerInnen, die Angst der "Guten" BürgerInnen vor der immer agresiven und immer lauten Musik, der Müll auf den Straßen und vieles mehr solchen Unsinns. Seine Analyse war genauso einfach wie die des Tagesspiegels: BesetzerInnen weg=Probleme beseitigt! Daß ihm diesen Unsinn gerade die Kleingewerbetreibenden des Kiezes abnehmen sollten, zeigt nur deutlich mit welchen Bauernfängermethoden manche Kräfte in dieser Stadt arbeiten. Er ist zum Glück am gesunden Menschenverstand der meisten Kleingewerbetreibenden mit seiner Hetzkampagne gescheitert und konnte den Entwurf dieses Briefs gleich wieder in den Papierkorb schmeißen. Gerade die Kleingewerbetreibenden bekommen die enorme politisch/wirtschaftliche Kraft unserer Existenz zu spüren und wissen genau welche Art von wirtschaftlichem Vorteil ihnen im Fall unserer Räumung ins Haus flattert: d i e M i e t e r h ö u n g ! Wir denken natürlich, daß alle BewohnerInnen der Victoriastadt genausoviel Verstand besitzen und den Rattenfängerjournalisten des Tagesspiegel die rote Karte zeigen werden; nicht alle Menschen freuen sich eben über Mieterhöungen und steigende Lebenshaltungskosten. Ah, noch ein Tip Herr M.Brunner. Die Anwohner werden den "sauberen Kiez" leider nicht mehr erleben, da auch die meisten von ihnen zu dreckig sein werden für das was mensch dann sauber nennt. Sie haben nämlich gut recherchiert "die Victoriastadt leidet unter einer geradezu alarmierend hohen Arbeitslosigkeit!"

Für uns BewohnerInnen der P-88 und das EISENBAHNER-Kollektiv war diese Aktion ein klarer Räumungstest. Sie versuchten den Widerstand auszuloten der ihnen entgegenschlägt, sollte es mal ernst werden. Und das scheint es langsam zu werden. Der jetztige Eigentümer, Helmut JOOS mit seinem Spekulations-Architekturbüro J.S.K Perkins, hat schon einmal versucht ein ihm gehörendes Haus (P104) mit einer bezahlten Nazi-Bande zu räumen. Damals griffen die Bullen erst ein als Gefahr für die Bande bestand und ließ sie unter ihrem Schutz abziehen, ohne auch nur die Personalien der Schläger aufzunehmen. Letzte Woche am Fr. 8.7. besuchten Arbeiter, die auf der Großbaustelle des DLZ Ostkreuz (ebenfalls H. JOOS) hinter den Häusern arbeiten, eine unserer Veranstaltungen und forderten am Schluß den Barkeeper auf, ihnen den Namen des Chefs zu erzählen. Ihrer Forderung verliehen sie durch ein gezogenes Messer Nachdruck, was ihnen jedoch nichts half, da wir keinen Boss haben.

FINGER WEG VON DEN BESETZTEN HÄUSERN, ZENTREN, WAGENBURGEN UND HÜTTENDÖRFERN !!!!!!

SCHLUSS MIT DER HETZKAMPAGNE DURCH DIE PSEUDOLIBERALE PRESSE !!!!

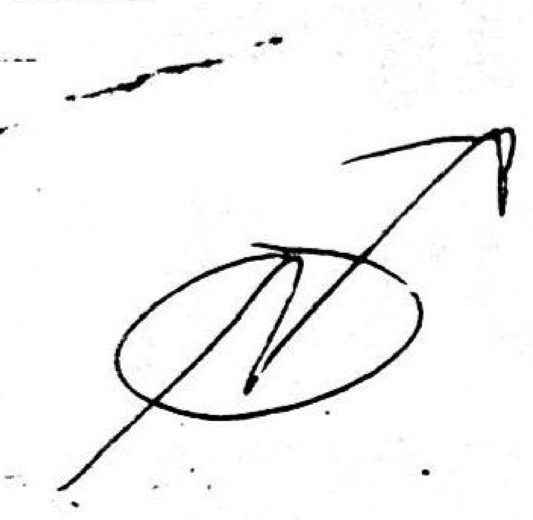
FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN, AUTONOMIE & ANARCHIE !!!!

FÜR DIE SCHAFFUNG UNKOMMERZIELLER KONZERTPLÄTZE, TREFFS & KNEIPEN !!!!

FÜR EINEN STARKEN UND GESCHLOSSENEN WIDERSTAND: GEGEN NAZIS, RASSISTEN, SEXISTEN, FASCHISTEN, KAPITALISTEN, STAAT UND BULLEN!!!!!!!!!!!!!!!!!!

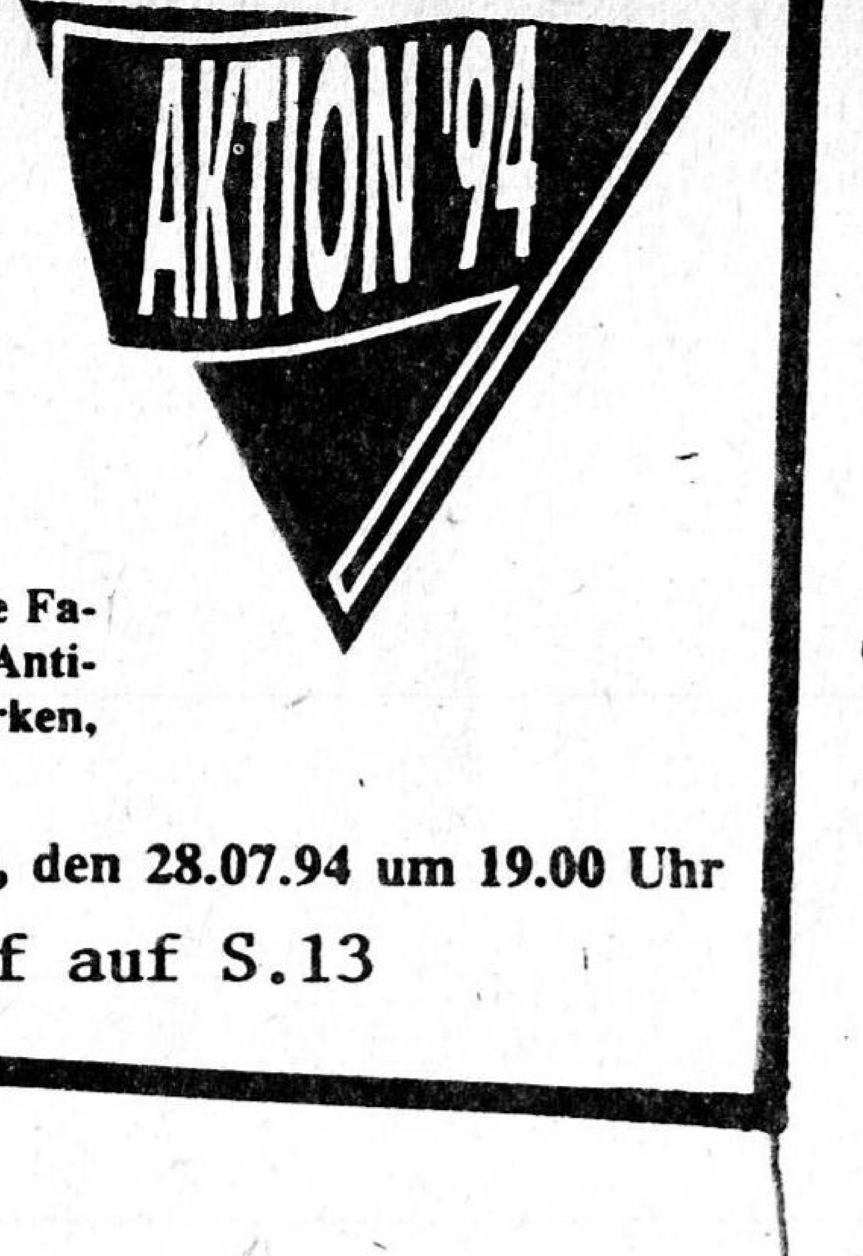








KONZEPTPAPIER
Berlinweite Demonstration:
„Die faschistischen Strukturen aufdecken und angreifen“ Sa,13.8.94



FASCHISTISCHE STRUKTUREN AUFDECKEN UND ZERSCHLAGEN

Der diesjährige Todestag am 17.08.1994 von Rudolf Heß ist für die FaschistInnen ein Anlaß zu einer erneuten Machtdemonstration; für AntifaschistInnen einer von vielen Gründen, ihre Aktionen zu verstärken, die sich nicht nur auf den Tag X beschränken.

Eine Vorbereitungsversammlung findet am Donnerstag, den 28.07.94 um 19.00 Uhr im Mehringhof (Versammlungsraum) statt.

Aufruf auf S.13



VOLLVERSAMMLUNG

Zur aktuellen Situation der Gefangenen aus der RAF

Seit dem 8.7.1993 sitzt Irmgard Möller im 23. Jahr im Knast. Im Juni fand eine Anhörung über ihre mögliche Freilassung statt, bei der wieder nicht entschieden wurde, sie freizulassen - das formaljuristische "Gewürge" geht weiter. Das macht ebenso wie die Kronzeugenprozesse gegen bereits - zum Teil zu mehrfach lebenslänglich - verurteilte Gefangene aus der RAF und die Schärfe der Repression gegen gefangene KurdInnen, Antifa-Gefangene usw. deutlich, daß die Freiheit der politischen Gefangenen für die politisch Verantwortlichen überhaupt nicht auf der Tagesordnung steht. Im Gegenteil: die Zeit, die die Gefangenen aus der RAF im Knast sitzen, soll zum Maßstab für alle politischen Gefangenen hier gemacht werden. Mit der Justiz, die nur die Fassade für das Vernichtungsinteresse des Staates gegen die politischen Gefangenen abgibt, ist da nichts auszumachen.

Um die aktuelle Situation und konkrete Initiativen und Aktionen zu diskutieren, um den notwendigen politischen Druck für die Freiheit der politischen Gefangenen aufzubauen findet am

Freitag, dem 29.7.1994 um 19.30 im Mehringhof eine VV statt.

Kommt möglichst zahlreich - trotz "Sommerloch"!



BENEFIZ PARTY

Freie Radios fordern eigene Frequenz

mit:
QUALP
HONEY SUCKLE ROSES
NO TRICKS

30. Juli 1994 21 Uhr
K.D.W. Neue Schönhauser Straße 9
U Weinmeisterstraße S Hackescher Markt

Die Kneipe im Wedding, Uferstr. 13, 13357 Berlin, U8 Pankstr., U9 Nauener Platz

Videos im *CLASH*:

Sonntag, 31.7.94 21.00 Uhr

Video: Literaturverfilmungen im CLASH - "Der blaue Engel", nach dem Roman "Proffessor Unrat" von Heinrich Mann, D 1930, mit Marlene Dietrich.



Zur Situation
in Chiapas/Mexico
Über den Kampf
der EZLN

Tierra y Libertad

2 Videos der Gruppe "6 de Julio" aus Mexico

1. Die Zeit bis zum Dialog (30 Min.)
2. Erstaufführung
Die aktuelle Situation nach dem Scheitern des Dialogs (30 Min.)

Ort: Straßenfest
der räumungsbedrohten, besetzten Häuser
Marchstraße/Einsteinufer
am 31. Juli
Großbildprojektion
deutschsprachige Fassung

STRASSENFEST
UND KINDERFEST

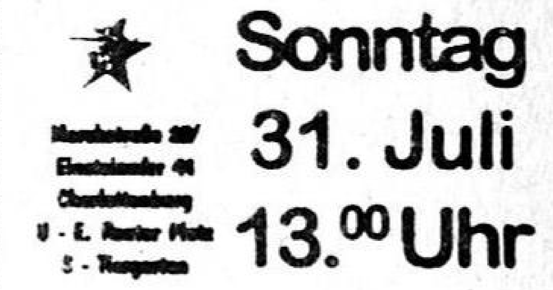
Besetzt 1989 - 1994

MARCHSTRASSE EINSTEINUFER

Feiern statt Jammern!



Kämpfen statt Betteln!



Sonntag
31. Juli
13.00 Uhr

Die Kneipe im Wedding, Uferstr. 13, 13357 Berlin,
U8 Pankstr., U9 Nauener Platz Videos im *CLASH*:

Mittwoch, 3.8.94 21.00 Uhr Antifaschistisches Video im CLASH: "Was aber wären wir für Menschen...", Video der Gruppe 2 zur Geschichte der RAF, Teil 1.

YORCK 59

- Garski, der Schwindel und kein Ende

MARCHSTRASSE/EINSTEINUFER - Wir werden hier wohnen bleiben

Kundgebung & Demonstration
Mi 3. August 14[00] Uhr
Fasanenplatz
U 9/U-1 Spichernstraße

Aufruf auf S.3

Die Häuser denen die drin wohnen, und die Straße dazu

Die besetzten Häuser in der Niederbarnimstrasse geben sich die Ehre:

DAS STRAßENFEST IN FRIEDELHAIN !

Am 6.8.94 ab 14.37
in der Niederbarnimstr.
U-Bahnhof Samariterstr.

LIVE-MUSIK/KINDERFEST/
TRÖDELMARKT/ESSEN und
TRINKEN und BIER

WIDERSETZEN WIR UNS DIESEM EUROPA!

Wir laden ein zur Vorbereitung eines ANTI-EU-SEMINARS in Berlin

Mit einem **TREFFEN**
am Do. den 11. August
um 19.00 Uhr
im BAOBAB
in der WINSSTR. 53; 10 405 Berlin

AUfruf auf S.14

Spirit of RESISTANCE

— ...ibjährliche Irland Zeitung —

...formationen und Diskussionen aus der ...republikanischen Bewegung
...terviews Hintergründe Gefangene
...auenkampf

Erstausgabe erscheint ab Juli!

Einzelheft nur gegen Vorauskasse (bar oder Briefmarken) DM 4 + DM 3 Porto. Ab 5 Exemplare DM ... pro Ex. + DM 5 Porto

Kontakt und Bestelladresse
...

BRITISH TROOPS OUT

Infos auf S.16

Kundgebung am 13. August 14 Uhr
vor der Britischen Botschaft
Unter den Linden 32

Das Haus e. V.
Autonomes Zentrum Alte Feuerwache
Wiesenstr. 11
42105 Wuppertal

Wuppertal, den 5.7.1994

Wuppstock - Info I

Der Verein *Das Haus e.V.* veranstaltet am Sa. 27. und So. 28. August 1994 zum 14. Mal das "Wuppstock" Open Air Festival auf der Waldbühne/ Hardt in Wuppertal- Elberfeld. Ausweichort bei Regen ist das Haus der Jugend in Wuppertal- Barmen.

Auch in diesem Jahr veranstalten wir, abseits vom Motto "Wuppstock für ein Autonomes Zentrum", das Festival unter einem inhaltlichen Schwerpunkt. Angesichts des gesellschaftlich/ politischen Rechtswandels und der damit einhergehenden Verschlechterungen für sogenannte Randgruppen und Minderheiten, wird das Thema dieses Mal "Rassismus im Zeitalter von Aids" sein.

An zwei Tagen präsentieren sich neun Bands unterschiedlichster Musikrichtungen sowie eine Kabarettgruppe und ein Kindermitmachzirkus. Für Essen und Trinken wird ausreichend gesorgt. Wir schicken Ihnen eine Übersicht über den voraussichtlichen Programmablauf mit der Bitte um Veröffentlichung in Ihrer Zeitschrift.

Bei Rückfragen:	Wolle	Tel.: 02 02/ 55 59 53
		Fax: 02 02/ 55 42 94
	Volker	Tel.: 02 02/ 30 29 76
	Christian	Tel.: 02 02/ 30 35 04

Mit Dank im voraus und freundlichen Grüßen
das Wuppstock Vorbereitungsteam

Samstag 27. August 94 ab 14 Uhr:

1. **Diesnieland** (Crossover)
2. **Rassistic Park** (politisches Kabarett mit Reiner Wolff und Reiner Haussmann)
3. **Creators** (Reggae, aus NL)
4. **Fresh Families** (Hip Hop)
5. **No Sports** (Ska)

Sonntag 28. August 94 ab 14 Uhr:

1. **Guilty** (Crossover)
2. **Kindermitmachzirkus** (u.a. mit Gerd dem Gaukler)
3. **Kerschowski** (Ost-Deutscher Rock)
4. **KMC-Krombacher MC** (Hardcore-Fusion)
5. **Happy Betty and the Bottrop Horns** (Funk & Soul)
6. **The Bates** (Bubblegumm- Trash)

Dieser Sampler ist eine Zusammenstellung einiger Gassenhauer von Bands, die auf den Breul - Straßenfesten bzw. Breul-Tibus-Solikonzerten gespielt haben

BREUL-TIBUS-SOLI

BREUL BLEIBT!

SOLIKONZERT

Tequila Girls/Klaus der Geiger
Die Schweine/Kommerzinfarkt...

BANDS:

Für den Erhalt der abrißbedrohten Häuser Breul & Tibusstraße Münster

Seite 1:
Tequila Girls (Schweden): *harbour of clash*
Klaus der Geiger (Köln): *Das Schwein*
Die Schweine (Osnabrück): *Philosophenlied*
Kommerzinfarkt (Bochum): *Rassistischer Herbst*
Ignorant
Klaus der Geiger: *Lust auf Leben*
Tequila Girls: *C'mon world*
Raggle taggle Gipsy
Seite 2:
Klaus der Geiger: *Ich verscherble alles*
Die Schweine: *Begehrt*
Geheimnis KRⒶAKe (Münster): *Needletown*
Spekulantenjagd (Münster): *Klobbe für Wobbe*
L.Beck Dead (Bochum): *Resident Mockery*
Sixta (Münster): *Spaß*
Alien Nation (Münster): *Love is blind*

Die Breul - Solicassette (60 Min.) kostet 10 DM (& 3 DM Porto) & ist erhältlich im Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster. Der Erlös geht aufs Prozesskostenkonto.

Adelante Cuba

Eine Aktion der Jugend in der IG Medien

Ein Land braucht seine Geschichte

Über 100 Historikerinnen und Historiker Cubas haben, gemeinsam mit ca. 600 örtlichen "Heimatkundlern", in jahrelanger Arbeit die Geschichte des cubanischen Volkes aufgeschrieben. Herausgekommen ist dabei ein fünfbändiges Werk mit über 2.000 Seiten Umfang, das bereits seit einiger Zeit im Manuskript fertig vorliegt.
Diese Geschichte kann bislang nicht gedruckt werden, weil es in Cuba, aufgrund der dramatischen Situation, an Papier mangelt, bzw. an Devisen, um Papier im Ausland zu kaufen. Ursprünglich hatte das Historische Institut in Havanna, als Herausgeber, eine Auflage von 15.000 Exemplaren geplant.
Auf Grund des Mangels mußten die Planungen auf die Auflagenzahl von 5.000 beschränkt werden. So kann wenigstens jede öffentliche Bibliothek Cubas zwei Ausgaben bekommen.
Geplant ist später außerdem ein 6. Band, der nach Erscheinen der ersten fünf Bände Kritik und Ergänzungen der Leser beinhalten soll.
Diese Geschichte ist die des ganzen Volkes, nicht etwa nur die Geschichte der Partei. Sie ist für das Selbstverständnis des cubanischen Volkes von großer Bedeutung, denn die Wurzeln des Widerstands gegen Kolonialismus und Ausbeutung zu kennen, ist für Cuba und seine Menschen überlebenswichtig.
Unterstützen wir Cuba mit Spenden für Papier!

Spendenkonto:
IG Medien Hauptvorstand - Konto: 107 200 2900 - BFG Stuttgart BLZ: 600 101 11
Stichwort: Adelante Cuba

Cuba braucht Solidarität!



KINDERFEST

So 31. Juli

13^00 Uhr

Marchstraße 23 U- Ernst Reuter Platz
S - Tiergarten

mit
- Die Kaspischen Ärsche und Karibischen Träume
- V- man Joe
- Operation Mindfuck
- f.o.c.(Friends of Carlotta)
- Concrete Jungle (soundsystem)
- Mixed Squad
& special support

Spiele, viele Infostände,
Eis(!), Kuchen, und
andere Schlemmereien, Grillen
Ken Loach Filmreihe
(RIFF - RAFF u.a.)

Besetzt 1989 - 1994

MARCHSTRASSE EINSTEINUFER

Geräumt wird nicht!

Nach einem skandalösen Gerichtsurteil droht ab 1. August die Räumung unseres seit 5 Jahren besetzten Geländes.
Wir werden hier wohnen bleiben!



Angeklagt werden wenige - gemeint sind alle AntifaschistInnen!
Deshalb unterstützt die inhaftierten und verfolgten AntifaschistInnen im Fall "Kaindl"!
Widerstand gegen Faschisten ist notwendig! Gegen Kriminalisierung unsere Solidarität!

Also her mit der Kohle! Füllt die Knastkassen

Der Prozeß beginnt voraussichtlich am 20. September

Für die Inhaftierten gibt es ein Spendenkonto

M. Holzberger
Kto. Nr. 1300 953 00
Commerzbank
BLZ 100 400 00